

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleiter: Anton Heutmann, Düsseldorf, Cavalleriestr. 22. Fernruf 4423. Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Cavalleriestraße 22. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Entf. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 1358.

Pflichterfüllung.

Verflicke nimmer dich dem Leben,
 Verbreite Glück und Sonnenschein.
 Soviel in deine Kraft gegeben,
 Sollst andern du ein Helfer sein!
 Was nützt es, wenn du einsam gehst,
 Rund nur für dich die Lebensbahn.
 Wenn du im Leben tatlos stehst,
 Hast deine Pflicht du nicht getan!
 Dem, der für and're auch sich mühet,
 Und gern dem Ganzen Opfer bringt,
 Ein reicher Segen ihm erblühet,
 Und in sein Herz die Freude dringt.

Goethe.

Das Eingeständnis des Bankrotts.

Auf dem diesjährigen sozialistischen Gewerkschaftskongress in München entspann sich eine lebhaft ausgeführte Diskussion über die Mitarbeit in den Vereinigungen bürgerlicher Sozialpolitiker, vor allem in der Gesellschaft für Soziale Reform. Die meisten Redner traten für den Anschluß an die Gesellschaft für Soziale Reform ein; einige priesen die Mitarbeit in der bürgerlichen Sozialreform als eine überaus lobenswerte und notwendige Tat im Interesse der Arbeiter. Leopold vom Holzarbeiterverbande, Winnig vom Bauarbeiterverbande und Robert Schmidt von der Generalkommission nahmen schon an der Tagung der Gesellschaft für Soziale Reform 1913 in Düsseldorf teil und ließen sich damals als Mitglieder eintragen. Die Debatte, die darüber in einem Teile der Parteipresse einsetzte und sich zum Teil recht scharf gegen die Mitgliedschaft und Mitarbeiter in der genannten Gesellschaft aussprach, führte dazu, daß die Vorstandskonferenz der „freien“ Gewerkschaften zwar den offiziellen Anschluß der Generalkommission ablehnte, den einzelnen Verbänden und Personen jedoch den Anschluß freigab. Bis dahin hatten sich die „freien“ Gewerkschaften absichtlich und grundsätzlich von solchen Vereinigungen fern gehalten. Mit der Theorie und Taktik des Klassenkampfes ist es ja unvereinbar, auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung und im Rahmen der Vereinigungen bürgerlicher Sozialreformer mitzuarbeiten an der Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Arbeiterstandes. Die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse hatte bis vor kurzem vielfach nur Spott und Hohn für solche bürgerlichen Vereinigungen, die schon in ihrem Namen den Gegensatz zur Klassenkämpferischen, revolutionären Arbeiterbewegung dokumentierten und diesen Gegensatz auch bei allen Gelegenheiten sehr scharf hervorkehrten. Solche Gesellschaften könnten höchstens als ein Sammelsurium von bürgerlichen Philantropen gewertet werden, die mit allerlei Mitteln an den Gebrechen der kapitalistischen Ordnung herumdoctern, den Bestand dieser selbst jedoch nicht angetastet wissen wollten. Für solche „Doktorarbeiten“ und „Almosenpolitik“ brauchte sich die klassenbewußte Arbeitererschaft nicht einmal zu bedanken. Nun ist auf dem Münchener Kongress erneut zum Ausdruck gekommen, daß sich in die Haltung der „freien“ Gewerkschaften speziell zur Gesellschaft für Soziale Reform eine Schwankung vollzieht, die nach mehr als einer Richtung hin bemerkenswert ist.

Zunächst sei hervorgehoben, daß die Gesellschaft für Soziale Reform die Annäherung der „freien“ Gewerkschaften anscheinend sehr gerne sieht, was auch durchaus begreiflich und an sich selbstverständlich ist. Ob sich allerdings die weitgehenden Hoffnungen der Gesellschaft verwirklichen werden, ob ferner ein Anschluß der sozialistischen Gewerkschaften im Interesse der Gesellschaft und im Interesse der Sache liegt, der sie dient, erscheint uns sehr zweifelhaft. Zweifelhaft erscheint es uns auch, ob es klug war, jetzt schon einen offiziellen Vertreter zu dem

Kongress zu entsenden. Wir nehmen gewiß an, daß der Vorstand oder Ausschuß der Gesellschaft für Soziale Reform sich bei dem Beschluß, Dr. Franke als Vertreter nach München zu entsenden, von sehr gewichtigen Gründen hat leiten lassen, aber das kann uns doch nicht mankebnützig machen in der Ueberzeugung, daß die Entsendung voreilig erfolgte und mit Hinblick auf die gegenwärtige sozialpolitische Situation unklug war. Jedenfalls ist es bedenklich, daß einige einflussreiche Scharfmacherblätter die Anwesenheit Prof. Dr. Frankes in München mit großem Behagen und einem gewissen Triumphe vermerkten.

Die Schwankung in der Haltung der „freien“ Gewerkschaften zur bürgerlichen Sozialreform ist nicht plötzlich gekommen. Schon früher haben einsichtige Männer in der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die bisherige Politik der Abschließung und Unversöhnlichkeit gegenüber der bürgerlichen Sozialreform zu keinem guten Ende führen könnte. „In Wirklichkeit ist“, so heißt es zutreffend in dem letzten Jahresbericht des Generalsekretariats der christlichen Gewerkschaften, „die gegenwärtige sozialpolitische Reaktionsperiode in Deutschland . . . nicht in letzter Linie auf die verkehrte Gesamtstellung der politischen Sozialdemokratie zum Staatsganzen zurückzuführen. Die ganze bewußte Isolierung der Sozialdemokratie in Fragen staatlicher Lebensnotwendigkeiten ist ja, vom Standpunkte der Arbeiterinteressen aus, ein einziger großer Widerspruch. Zum Schluß pfeifen ja auch die Massen selbst auf den bloß agitatorischen Erfolg und fragen nach dem, was bei der Stellungnahme der Organisationen zu den Lebensfragen der Arbeitererschaft praktisch herauskommt. Und da kommen dann ruhig überlegende Führer zu dem Schlusse, daß man bisher einen Weg eingeschlagen hat, der eher vom Ziele ab als diesem zuführt. Kommt es denn so von ungefähr, daß die Arbeiterbewegung nach jahrzehntelanger Arbeit auf einmal in mancher Beziehung wieder sozusagen am Anfang steht und um ihre Grundrechte kämpfen muß? Oder sollte es nicht mit darauf zurückzuführen sein, daß, wie der Beamte Sassenbach von der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften in deren Hauptorgan (Nr. 24) unter dem Eindruck einer Reise nach England schrieb, in Deutschland „ein breiter Abgrund, fast ohne Ueberbrückung, Bürgertum und Arbeitererschaft von einander trennt?“ Sassenbach selbst sträubt sich zwar gegen diese Schlußfolgerung, muß aber zugeben:

„Auf dem Kontinente sind die Arbeiter, soweit sie den freien Gewerkschaften angehören, politisch von den anderen Bevölkerungsklassen geteilt, in England sind sie mit ihnen in derselben politischen Partei!“

Was ist die Wirkung gewesen?

„Selbstverständlich gibt es auch in England Scharfmacher, aber diese kleinliche, träumerhafte Abneigung gegen die Arbeiterbewegung findet man denn doch nicht. Nicht nur auf Seiten der Arbeitererschaft, sondern auch auf Seiten des Bürgertums gibt es mehr Toleranz als bei uns.“

Durch ihre praktische Mitarbeit mit dem Bürgertum hielt sich die englische Arbeitererschaft jedoch nicht bloß die Scharfmacherei fern, sondern sie erzielte auch jene neueren sozialpolitischen Erfolge, die von einer unverkennbar großzügigen Initiative Zeugnis ablegen. Auch hier geben sozialistische Führer die inneren Zusammenhänge, die wir hundertemale dargelegt, jetzt ohne Umschweife zu. So Robert Schmidt auf dem Münchener sozialistischen Gewerkschaftskongress, als er warm für den Anschluß an die Gesellschaft für Soziale Reform eintrat.

„Diese sozialpolitischen Erfolge hat die liberale Aera in England mit Unterstützung der englischen Arbeiterpartei zu erreichen vermocht, deren Taktik meines Erachtens nicht klüger und pflichtentsprechender sein konnte. Welch ein Gegensatz zeigt sich doch, was den sozialpolitischen Fortschritt anlangt, gegenüber Deutschland, wo ein Stillstand zu beklagen ist, obwohl wir hier im Reichstag in solcher Stärke vertreten sind. . . . Wir müssen größeren Wert darauf legen, daß unser Standpunkt in den Kreisen bürgerlicher Politiker gekannt und vertreten wird. Ohne die Unterstützung bürgerlicher

Sozialreformer kommen wir auf dem Gebiete der Sozialpolitik nicht weiter.“

Die gleiche Auffassung wird in der gelegentlich des Münchener Gewerkschaftskongresses herausgegebenen Gewerkschaftsnummer der „Sozialistischen Monatshefte“ in den verschiedensten Variationen unterstrichen. Max Schippel sagt geradezu, die sozialdemokratische Arbeitererschaft bezahle ihr bisheriges ablehnendes Verhalten zu den bürgerlichen Parteien „nicht bloß mit unerer vielbeklagten vollkommenen politischen Ohnmacht, sondern außerdem auf rein wirtschaftlich-organisatorischem Selbsthilfegebiet mit anderwärts unbekanntem Uebergriffen von oben her, zu deren Abwehr uns stets der nötige eigene politische Einfluß und die ebenso unentbehrliche Fühlungnahme mit anderen politischen Kreisen fehlt.“ Und der Abgeordnete Heine:

„Eine Partei . . . die den dritten Teil der Wähler hinter sich hat, darf nicht bloß eine Politik der Wünsche, der Demonstrationen, der Proteste treiben, sondern muß praktische Erfolge aufweisen können. . . . Wir müssen über diese Politik der Isolierung hinaus, jetzt, wo das Koalitionsrecht auf dem Spiel steht.“

Das alles sind Eingeständnisse des Bankrotts, des elenden Fiaskos der bisherigen Politik, der die sozialistischen Gewerkschaften ihre Unterstützung geliehen haben.

„Hat der bisherige Weg nicht weiter geführt, so muß eben ein anderer gesucht werden“, ruft Heine aus. Und man sucht ihn, indem eine planmäßige Zusammenarbeit mit anderen Parteien empfohlen wird. Man sucht ihn ferner durch Annäherung der „freien“ Gewerkschaften an die bürgerliche Sozialreform. Es fehlt nicht viel daran, so betet man an, was man früher verläßt, verhöhnt und verbrannt hat. Die Gesellschaft für Soziale Reform, deren Unterstützung man früher in der Hauptsache der christlichen Arbeiterbewegung überließ, wird auf einmal in geradezu auffälliger Weise von den verschiedensten sozialistischen Gewerkschaften umworben und in widerlicher Art angeheimelt. Paelow vom Maurerverbande, Umbreit, Robert Schmidt und Legien von der Generalkommission strichen auf dem Münchener Kongress die Leistungen der Gesellschaft für Soziale Reform kräftig heraus und der Vorsitzende des Kongresses, Schlicke vom Metallarbeiterverbande, richtete in seinem Schlußwort sogar Worte des Dankes an die bürgerliche Sozialreform, die des Dankes der Arbeitererschaft gewiß sein könnte. Man muß sich, um das recht zu erfassen, die grenzenlose Verachtung vor Augen halten, mit der nicht nur Karl Marx, sondern nach ihm Kautsky und so viele andere diese Richtung der bürgerlichen Sozialreform heruntergerissen, wie sie einen Drentano usw. mit schmutzigen Verdächtigungen überladen haben, vor denen die Tilleichen Angriffe völlig verblaffen, wie bis vor kurzem noch sozialistische Partei- und Gewerkschaftsblätter die Gesellschaft für Soziale Reform verhöhnten und verlästeten.

Aber in dieser verjuchten Wendung liegt nicht nur das Eingeständnis des eigenen Bankrotts, sondern auch

eine umfassende, unumschränkte Anerkennung der Politik der christlichen Gewerkschaften.

In der Stunde der Not gesteht man ein: Nicht die Massen allein tun es, sondern es kommt auch auf die grundsätzliche Wegezrichtung an. Was den christlichen Gewerkschaften bisher als Verrat an der Arbeiterklasse mit Schimpf und Verdächtigung zu verzeichnen versucht wurde, erscheint jetzt auf einmal als der neue Weg, um der Arbeitererschaft zu praktischen, positiven Erfolgen zu verhelfen! Eine solche, aus der unmittelbarsten Erfahrung geborene Anerkennung ist von der allergrößten Bedeutung und geeignet, die Position der christlichen Gewerkschaften für die Zukunft weiter zu festigen. Schon früher wiesen wir darauf hin, daß diese Tatsache sehr viel wichtiger sei, als vorübergehende größere agitatorische Erfolge, womit sich die Sozialdemokratie stets brüstet.

Freilich ist zwischen dem Eingeständnis des Irrtums und der Umkehr in der Praxis gerade

innerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft ein unendlich weiter Weg. Was ein halbes Jahrhundert lang mit allen Kräften blinden, fanatischen Glaubens und Vertrauens von den Massen erhofft und ersehnt worden ist, davon kann nicht plötzlich der wesentlichste Teil auf dem Scheiterhaufen verbrannt werden. Denn darum, um eine grundsätzliche Veränderung, nicht bloß um eine taktische Schwentung handelt es sich in diesen Dingen. Der Sozialismus kann aus seinem Wesen heraus diese Veränderung nicht zugeben oder gar mitmachen. Das beweist zunächst die Erfahrung in England. Dort will der Sozialismus die Verbindung der Arbeiterpartei mit den übrigen Parteien unter allen Umständen zerreißen und die praktischen Erfolge preisgeben, weil diese die Arbeiter vom Sozialismus abdrängen. Das beweist dann das Echo, welches die neueren Tendenzen im deutschen Sozialismus selbst finden. Mehrere sozialdemokratische Parteiblätter geißelten es scharf, daß auf dem Kongreß hervorragende Gewerkschaftsführer für eine Verbindung mit der Gesellschaft für Soziale Reform eintraten. Sie giefen erneut giftigen Spott über die Gesellschaft aus und sagen, daß über diesen Verhandlungspunkt des Kongresses das letzte Wort noch nicht gesprochen sein könne. Und zur selben Zeit, wo die Friedensklänge ertönen, beschließt die politisch-organisierte Berliner Sozialdemokratie die Sammlung eines Massenstreikfonds. Die radikale sozialdemokratische Parteipresse begrüßt den Beschluß leidenschaftlich, weil nun endlich Taten die jahrelangen Diskussionen ersetzen würden. Flugs folgt natürlich auch die Rehrseite: Die Scharfmacher führen einen neuen Ansturm auf die preussische Staatsregierung aus, damit sie „alle zur Aufrechterhaltung der Autorität und der Sicherheit des Staates erforderlichen Maßregeln“ treffe. Stellt man alle diese Erscheinungen einander gegenüber, dann hat man ein Bild sowohl von der inneren Zerfahrenheit des Sozialismus, als davon, woher die Schwierigkeiten der deutschen Arbeiterbewegung stammen — man hat aber auch den besten Beweis dafür, weshalb eine verhängnisvolle Illusion es sein würde, auf eine Befreiung des deutschen Sozialismus in absehbarer Zeit zu bauen.“

Die Folgen der Fabrikarbeit verheirateter Frauen.

II.

Vielleicht noch bedeutsamer als die voriges Mal genannten Schäden sind die verhängnisvollen Folgen der Fabrikarbeit verheirateter Frauen für das Familienleben.

Diese Folgen können zunächst indirekter Natur sein. Es ist Tatsache, daß sich in manchen Textilbetrieben die Fabrikarbeit verheirateter Frauen bereits derart eingebürgert hat, daß sie als etwas Selbstverständliches gilt und zur Gewohnheit geworden ist. Die Macht der Gewohnheit aber führt dazu, daß sich andere, unserer Meinung nach verkehrte Ansichten und Begriffe sowohl über das Aufgabengebiet und den Wirkungsbereich der Frau, als auch über die Stellung des Mannes in der Familie und im Leben herauszubilden beginnen. Letzterer gewöhnt sich daran, nicht der alleinige, ja vielleicht nicht einmal der Hauptnährer der Familie zu sein. Sein Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Familie wird geschwächt. Er verlangt die Mitarbeit der Frau, selbst dann, wenn sie nicht unbedingt nötig ist. Andererseits gewöhnt sich auch die Frau an die Fabrikarbeit. Sie hält an ihr fest, um eine größere Selbstständigkeit, eine u. E. falsche aufgefaßte Gleichberechtigung zu erlangen. Das führt dazu, daß die Frau nach und nach ihrem natürlichen Beruf als Hausfrau und Mutter immer mehr entfremdet wird. Das muß auf die Dauer zur Zerrüttung der Familie führen. Diese aber bezeichnet man nicht mit Unrecht als die Grundlage der menschlichen Gesellschaft. Ist die Grundlage aber erschüttert, dann kann die Gesellschaft selbst auch keinen Bestand mehr haben.

Aber auch die direkten Folgen für das Familienleben sind sehr verhängnisvoll. Schon der Umstand, daß nach der Fabrikarbeit noch all die Kleinarbeit im Haushalt erledigt werden muß, macht das Leben daheim ungemütlich. Schlimmer wird's, wenn die Frau dabei noch schwach oder kranklich ist oder wenn es ihr am nötigen Ordnungssinn mangelt. Dann muß der nur mangelhaft geregelte, vielleicht sogar direkt unorbentliche und ungeordnete Haushalt auf die Dauer jede Freude am Heim ersticken. Die Fälle sind durchaus nicht selten, wo solche Zustände den Mann veranlassen, sich dem Alkohol in die Arme zu werfen und im Wirtshaus zu suchen, was ihm sein Heim nicht zu bieten vermochte. Unfrieden, Paß und Streit und oft auch ein grenzenloses materielles Elend sind dann die weiteren Folgen, die sich hieraus entwickeln.

Aber selbst dann, wenn es nicht so schlimm ist, wenn die auf der Fabrik tätige Frau körperlich rüstig, sowie pflichtgetreu und ordnungsliebend ist und wenn sie es vermag, vielleicht dank der treuen Mit-

wirkung des Mannes, den kleinen Haushalt nett und gemütlich zu erhalten, bleiben der Schäden noch genug. Zunächst bietet der Umstand, daß beide abends müde und abgesehen, vielleicht auch voll Kummer und Verdruß von der Fabrikarbeit nach Hause kommen, der Klippen und Gefahren für den häuslichen Frieden genug. Für den Mann ist das Bild von der liebenden Gattin, die sich bemüht, dem von der Berufsarbeit ermüdeten Gatten ein behagliches und gemütliches Heim zu bieten und durch ihre liebevolle Sorgfalt die von den Berufsorgen gesuchte Stille zu glätten, lediglich eine Illusion. Wie soll die Frau das können, die sie doch die doppelte Last und die doppelten Sorgen zu tragen hat und selbst des trostvollen und aufmunternden Zuspruchs bedarf? So ist bei beiden schon ein ziemlich großes Maß von Selbstbeherrschung nötig, soll der häusliche Frieden nicht Schiffbruch leiden.

Weibe müssen aber auch jene Stunden der Unterhaltung und des gegenseitigen Gedankenaustausches, der gemütlichen Rücksprache über die häuslichen Angelegenheiten, die doch die schönsten des Familienlebens sind, größtenteils entbehren; höchstens, daß der Sonntag in etwa Gelegenheit hierzu bietet. Gerade diese Stunden aber sind am ehesten geeignet, das Verhältnis zwischen Mann und Frau inniger zu gestalten, eine Seelenharmonie zu schaffen und so die Familienbände zu festigen.

Und wieviel müssen nicht erst die Kinder entbehren. Sie sind ja vielfach bei fremden Leuten in Kost und Pflege; vielleicht, daß sie abends abgeholt werden, aber selbst dann haben die Eltern — müde und abgesehen, wie sie sind — sehr oft nur wenig Lust, meist aber auch keine Zeit, sich den Kindern zu widmen. Diese müssen bald zu Bett, damit die Eltern in der Erledigung der häuslichen Arbeiten nicht behindert werden. So bekommen diese Kinder nur wenig zu fühlen von der wärmenden Sonne der Elternliebe, nach der ihre Herzen so sehr verlangen und die auch wie nichts geeignet ist, die Jugendjahre zu verschönern. Ihr Gemüt verflümmert, und ihrem späteren Leben fehlen die Lichtblicke, die die Erinnerung an jene unter der liebenden Obhut einer Mutter verlebten festigen Stunden zu geben vermag.

Aber nicht nur das Gemüt der Kinder wird vernachlässigt, sondern auch ihre Erziehung. Soll diese eine gute sein, dann muß ein Kind gut beobachtet und sein Seelenleben erforscht werden. Nur dann kann man es auch entsprechend seiner Charakterveranlagung behandeln und erziehen. Viel Zeit und selbstlose Hingabe und viel Geduld ist hierzu erforderlich. Und welche Sorgfalt erfordert nicht die Geistesentwicklung eines Kindes. Wie befruchtend können da die steten Anregungen und Belehrungen einer Mutter wirken, die sich auch wirklich ihrem Kinde zu widmen vermag. Diese so notwendige Erziehungsarbeit vermag die auf der Fabrik arbeitende Mutter nicht zu leisten, wenigstens nicht in genügendem Maße. Das in Pflege gegebene Kind ist oft ihrem Einfluß ganz entzogen, seine Erziehung hängt von dem mehr oder weniger entwickelten Pflichtgefühl der Pflegeeltern ab. Noch schlimmer ist's, wenn die Kinder direkt auf die Straße angewiesen sind, von tausenderlei Gefahren, nicht nur für ihren Körper, sondern auch für ihr Seelenleben umgeben. Wie manchen Kindes trauriges Schicksal ist nicht gerade in diesen Tagen der Verwahrlosung endgültig besiegelt worden?

Die Folgen, die sich aus der Fabrikarbeit der verheirateten Frauen ergeben, sind also überaus traurige. Aber das muß doch nicht so sein, wird man uns entgegen. Gewiß, wir geben gerne zu, daß wir tausende, der Fabrikarbeit nachgehende Frauen haben, die wahre Heldinnen der Arbeit sind und die es trotz der Fabrikarbeit verstehen, all die erwähnten Nachteile auf ein Minimum zu beschränken. Wir wissen weiter, daß dort, wo ein harmonisches Verhältnis zwischen Mann und Frau besteht, der Mann sich vielfach nicht scheut, mitanzufassen und auch solche Arbeiten zu verrichten, die sonst in das Gebiet der Frau fallen. Oder die Mutter oder Schwiegermutter übernimmt während der Abwesenheit der Ehegatten die Beaufsichtigung des Haushalts und die Wartung der Kinder. Aber alle diese Fälle berücksichtigt, bleibt doch noch ungeheuer viel an Schäden übrig, die die Fabrikarbeit verheirateter Frauen für Hauswesen und Familienleben zur Folge hat.

Es bliebe uns nun noch übrig, die Wirkungen der Fabrikarbeit verheirateter Frauen auf die Selbsthilfebestrebungen der Arbeiterschaft zu prüfen. Oberflächlich betrachtet, sollte man meinen, daß die verheiratete Fabrikarbeiterin am ehesten für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen wäre. Sie hätte ja in erster Linie nötig, nach einer Besserung ihres traurigen Loses zu streben; sie empfindet auch weit mehr wie die ledige Arbeiterin oder wie der männliche Arbeiter die Unzulänglichkeit der Lohnverhältnisse. Nun haben wir ja auch manche verheiratete Textilarbeiterin in unseren Reihen, die den Gewerkschaftsgedanken erfasst hat und ihn eifrig weiter zu verbreiten sucht. Alle Achtung vor diesen tapferen Mitstreiterinnen. Das sind aber leider Ausnahmen. Im allgemeinen ist gerade die verheiratete Fabrikarbeiterin nur schwer für die Organisation zu gewinnen. Und wenn sie schon Mitglied geworden ist, so hält es außerordentlich schwer, sie zu halten und ihr eine feste gewerkschaftliche Überzeugung beizubringen.

Wie kommt das? Die verheiratete Fabrikarbeiterin hat zunächst kaum Zeit, über ihre Lage nachzudenken, die auf ihr lastenden doppelten Sorgen nehmen sie voll in Anspruch. Nur schwer vermag darum der Gedanke der gewerkschaftlichen Selbsthilfe bei ihr Fuß zu fassen. Und wenn er Fuß gefasst hat, dann fehlt ihr immer noch an Gelegenheit, durch den Besuch der Versammlungen oder durch das Studium des Fachorgans den Gewerkschaftsgedanken zu vertiefen. Nach der Fabrikarbeit wird sie ja von ihrer hauswirtschaftlichen Tätigkeit voll in Anspruch genommen. Dazu kommt noch — was wir in einem früheren Artikel schon erwähnten — daß selbst organisierte männliche Arbeiter viel zu wenig Wert darauf legen, ihre auf der Fabrik beschäftigten Frauen aufzuklären und der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. So kann man es verstehen, wenn die verheiratete Fabrikarbeiterin sich im allgemeinen den gewerkschaftlichen Bestrebungen gegenüber ziemlich passiv verhält.

Diese Passivität droht aber mit der zunehmenden Zahl der auf der Fabrik beschäftigten verheirateten Frauen zu einer großen Gefahr für das Aufwärtstreben der Textilarbeiterschaft zu werden. Schon öfter ist uns geklagt worden, daß das Fernbleiben der verheirateten Arbeiterinnen von der Organisation in manchen Betrieben auch die Gewinnung der ledigen Arbeiterinnen sehr erschwerte, wenn nicht unmöglich machte. Ohne Mitwirkung der Arbeiterinnen aber wird es auf die Dauer auch den männlichen Kollegen kaum mehr möglich sein, voran zu kommen. So kann die Fabrikarbeit verheirateter Frauen zum Hemmschuh werden für die Aufwärtsentwicklung der gesamten Textilarbeiterschaft. Daraus aber ergeben sich wieder unabsehbare Konsequenzen. Bleiben die Löhne auch der männlichen Textilarbeiter gedrückt, dann zwingen diese niederen Löhne immer mehr verheiratete Frauen zur Fabrikarbeit. Die vermehrte Fabrikarbeit verheirateter Frauen aber gestaltet unsere Aktionen zur Aufbesserung der Lohnverhältnisse immer schwieriger. So bewegen wir uns also in einem verhängnisvollen Kreislauf, aus dem herauszukommen unser eifrigstes Bestreben sein muß.

Aber wie? Wie können wir all den geschilderten schädlichen Folgen der Fabrikarbeit verheirateter Frauen, all den Gefahren, die sie für Gesundheit, Hauswesen, Familienleben und Kindererziehung, für die Aufwärtsentwicklung unseres Standes, ja für unser gesamtes Volkswohl im Gefolge hat, begegnen. Das eine steht fest, wir dürfen nicht tatenlos zuschauen. Es gibt Mittel und Wege, diese Schäden, wenn nicht ganz auszuräumen, so doch wesentlich zu mildern. Doch darüber in einer besonderen Abhandlung.

Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in Deutschland.

4. Gewerkschaften und Partei.

Die „freien“ Gewerkschaften standen von jeher in allerengster Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei, bildeten deren Rekrutenschulen und waren in manchen Gegenden, wo die Partei als solche keinen Eingang finden konnte, deren Wegbereiter. Zeitweise Neutralitätsbestrebungen, wie wir sie besonders Ende der neunziger Jahre beobachten konnten, waren meist nur taktische Manöver, sie haben auch an dem sozialdemokratischen Charakter der „freien“ Gewerkschaften, der engen Verbindung von Partei und Gewerkschaft, nichts ändern können. Die Hauptursache dieser Neutralitätsbewegung war das Aufkommen der christlichen Gewerkschaftsbewegung Mitte der neunziger Jahre, war die Furcht, diese Gewerkschaften würden die nichtsozialdemokratischen Arbeiter durch den Hinweis auf den sozialdemokratischen und religionsfeindlichen Charakter der sogenannten freien Gewerkschaften von letzteren fernhalten und so deren Entwicklung hemmen. Auch glaubte man unter dem Neutralitätsmantel den Gewerkschaften in jenen Industriebezirken eher Eingang zu verschaffen, wo die Arbeiterpartei in ihrer Mehrheit noch national und christlich gesonnen war. Der heftige Widerstand aus Partei- und selbst aus Gewerkschaftskreisen hat die Neutralitätsapostel längst stumm gemacht. Heute ist die Verbindung von sozialdemokratischer Partei und „freien“ Gewerkschaften aufs engste geschlossen, obgleich die praktische Gegenwartsarbeit der Gewerkschaften mit den Grundbächen des ersten Teiles des Erfurter Programms der sozialdemokratischen Partei, von der fortschreitenden Vereinerung der Massen in schroffem Gegensatz steht.

Die sozialdemokratische Auffassung, daß auf dem Boden unserer heutigen Staatsordnung eine Besserung der Verhältnisse nicht möglich sei, muß dazu führen, die Gewerkschaften recht gering einzuschätzen, ihre Tätigkeit als Sisyphusarbeit zu betrachten, wie sie Kantakly bezeichnet. Die Mehrzahl der Gewerkschaftler will positive Erfolge sehen. Diese sind aber meist nur durch eine kluge Geschäftspolitik, durch Kompromisse zu erreichen. Gewerkschaftliche Kompromisspolitik und radikal-sozialdemokratische Alles-oder-Nichts-Politik können jedoch nicht im Einklang gebracht werden. Deshalb blieben auch Reibereien zwischen Partei und Gewerkschaften nicht aus.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen führten die Fragen des Massenstreiks und der Maifeier. Die sozialdemokratische Partei befürwortete den Massenstreik für bestimmte politische Zwecke und verlangte von den Gewerkschaften ein Eintreten für denselben. Der Kölner Gewerkschaftskongreß (1905) erklärte sich jedoch gegen

den Generalkrieg „wie er von Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird“. Heftige Angriffe gegen die Gewerkschaftsführer waren die Folge. Auf dem nachfolgenden Jenaer Parteitag wurde, entgegen dem Kölner Gewerkschaftskongress, beim Kampfe um gewisse Volksrechte „die umfassendste Anwendung der Massenarbeitslosigkeit“ zur Pflicht gemacht und gleichzeitig beschlossen, daß jedes Mitglied der Gewerkschaft sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu wirken habe. Nach dem Parteitag entbrannte ein Kompetenzstreit zwischen Partei und Gewerkschaft. Sollte sich in der Massenstreikfrage die Partei der Gewerkschaft fügen oder umgekehrt? Nach längeren Auseinandersetzungen und nachdem man sich auf Geheimkonferenzen mit der Angelegenheit befaßt, wurde auf dem Parteitag zu Mannheim eine Einigung erzielt. Pakt der Parteivorstand einen Massenstreik für angebracht, so soll er sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung setzen und alle Maßnahmen zur Durchführung der Aktion treffen. In der betreffenden Resolution wird weiter erklärt, daß Partei und Gewerkschaft gleich notwendig seien, und ein Ziel, die sozialistische Gesellschaft, erstreben. „Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde.“

Zu einem ähnlichen Ergebnis führten die Auseinandersetzungen über die Maifeier. Auch dieses Demonstrationstakt des internationalen Sozialismus hat den Gewerkschaften nur Schäden zugefügt. Die Arbeitsruhe am 1. Mai hatte Mißregelungen und Aussparungen im Gefolge, schädigte tief die Entwicklung der Organisation und gefährdet die Tarifverträge. Kein Wunder, daß einsichtige Gewerkschaftsführer und weite Mitgliederkreise die Befreiung dieses Fremdkörpers in der Gewerkschaftsbewegung forderten. Doch auch in dieser Frage fügten sich die Gewerkschaften dem Diktum der Partei. Der Hamburger Gewerkschaftskongress (1908) stimmte einer zwischen Generalkommission und Parteivorstand getroffenen Vereinbarung zu, nach welcher örtliche, zu gleichen Teilen aus Gewerkschaftsvertretern und Parteiorganisation gebildete Kommissionen die Maifeier vorbereiten und für eine würdige Feier sorgen sollen. Die Unterstützung für die Ausgesperrten müssen die örtlichen Organisationen aufbringen.

So sucht die Sozialdemokratie auch in rein gewerkschaftlichen Fragen das letzte, entscheidende Wort zu sprechen, woraus fortgesetzt Konflikte entstehen. Es sei nur erinnert an den vorjährigen Werksarbeiterstreik, der gegen den Willen der Gewerkschaftsführer ausbrach, von der Parteipresse und Parteiorganisationen aber gutgeheißen und geschürt wurde. Die Aushebung der Massen gegen die Führer zeitigt fortgesetzt Zusammenstöße und muß die Gewerkschaftsbewegung schädigen. Auch ist die Haltung und Stellung sozialdemokratischer Parteikreise zur Frage der Tarifverträge nur geeignet, Gewerkschafts- und Arbeiterinteressen schwer zu schädigen. Trotz alledem fetten die Gewerkschaftsführer die „freien“ Gewerkschaften immer fester an die Partei; die Gewerkschaftsführer und damit die Bewegung sind eben „vom Geiste der Sozialdemokratie beherrscht“, wie die vorher erwähnte Resolution es verlangt.

Die innige Verbindung von sozialdemokratischer Partei und „freien“ Gewerkschaften zeigt sich auch bei den Bildungsbestrebungen und der Organisation der Jugendlichen. Bildungsausschüsse und Jugendkommissionen müssen an den einzelnen Orten gemeinsam vom Gewerkschaftsvertreter und der Parteiorganisation gebildet werden. Ebenso werden Bibliotheken gemeinsam errichtet in denen vielfach die sozialistische Literatur vorherrscht.

Sämtliche, der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften arbeiten und erziehen ihre Mitglieder im Sinne der sozialdemokratischen Partei. Vor den Parlamentswahlen ist zwischen Gewerkschaftszeitungen und Parteipresse kein Unterschied zu finden. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband liefert seinen weiblichen Mitgliedern die radikal-sozialdemokratische Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“. Wo die sozialdemokratische Parteipresse schlecht Eingang findet, liefern einige Gewerkschaftsorganisationen ihren Mitgliedern neben dem Fachorgan noch sozialdemokratische Parteizeitschriften, wie z. B. „Das Morgenrot“. Gewerkschaftsgelder werden bei Parlaments- und Kommunalwahlen der sozialdemokratischen Partei überwiesen. Bei Anstellung von Gewerkschaftssekretären wird fast immer eine mehrjährige Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Partei zur Vorbedingung gemacht.

Diese Tatsachen beweisen, daß sozialdemokratische Partei und „freie“ Gewerkschaften eins sind; eins in ihren Grundsätzen und Zielen, eins in der Durchführung bestimmter Aktionen, wenn auch die Organisationen getrennt sind und über taktische Maßnahmen Differenzen entstehen.

Sie sind auch eins in ihrer Stellung zu Religion und Christentum, süßen beide auf dem Boden des Materialismus, bekämpfen beide fortgesetzt in Versammlungen und Presse Religion und Kirche, wofür sich Hunderte von Beispielen anführen lassen. Ein national und christlich gesinnter Arbeiter kann sich deshalb den „freien“ Gewerkschaften ebensovienig anschließen wie der sozialdemokratischen Partei, wenn er nicht gegen seine Grundsätze, gegen seine eigene Ueberzeugung verstößt.

Material für die „deutschen“ Streikfaktiker.

(Ein Gegenstück zur Krefelder Färberbewegung.)

Unter den sozialistischen Bauarbeiterverbänden Berlins tobt zur Zeit ein Kampf, der zu einem Vergleich mit dem verflochtenen Krefelder Färberstreik herausfordert und der dem Verbanne „deutscher“ Textilarbeiter einige schwierige Rätsel aufgeben dürfte.

Der im November 1910 für die Rohrer Berlins abgeschlossene Tarifvertrag lief Ende September 1912 ab. Bei den Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifs bestanden die Unternehmer auf nicht unwesentlichen Verschlechterungen, die die Arbeiter unmöglich annehmen konnten. Wegen der schlechten Geschäftslage schien es jedoch nicht ratsam, zum Streik zu greifen, um einen verbesserten Tarif zu erkämpfen. Die Arbeiter verzichteten auf einen Tarifabschluss und arbeiteten in einem vertragslosen Verhältnis weiter. Die Konjunktur verschlechterte sich im Verlaufe der folgenden Zeit immer mehr, und die Unternehmer nahmen die Gelegenheit beim Schopfe, um weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzuführen. Die Arbeiter mußten sich zunächst damit begnügen, eine Faust in der Tasche zu machen. Erst als in diesem Jahre der Beschäftigungsgrad sich zu heben begann, legten die Rohrarbeiter den Unternehmern ihre Forderungen vor. Das Entgegenkommen der Unternehmer ging den Arbeitern nicht weit genug und es kam nach einmütigem Beschluß zum Streik. Soweit die Rohrleger organisiert waren, gehörten sie in ihrer überwiegenden Mehrheit der anarchosozialistischen „Freien Vereinigung“ an, eine kleine Minderheit war im sozialistischen Maurerverbande organisiert. Beide Organisationen gingen gemeinsam vor, beide stellten ihre Vertreter in der Lohnkommission, beide führten gemeinsam die Verhandlungen mit den Unternehmern. Während des Streiks machten die Unternehmer einige Zugeständnisse, die jedoch die Arbeiter als nicht genügend bezeichneten. Der zugestandene Lohn erreichte nicht einmal die im alten Tarif enthaltenen gemessenen Sätze und den Ablaufstermin des Tarifs wollten die Unternehmer in eine Zeit verlegen, die zur Tariferneuerung für die Arbeiter die denkbar ungünstigste sei. Auf wiederholtes Befragen erklärten die Unternehmer klar und bestimmt, weitere Zugeständnisse unter keinen Umständen machen zu wollen und zu können. Die Vertreter der „Freien Vereinigung“ erklärten darauf, daß dann weitere Verhandlungen keinen Zweck hätten, der Kampf müsse entscheiden.

Was taten nun die Vertreter der Minderheitsorganisation? Schlossen sie sich der Erklärung und Haltung ihres Streikverbündeten einfach an, wie es im Färberkampf der Verband „deutscher“ Textilarbeiter von unserer Organisation forderte? O nein! Er bewahrte sich seine Selbständigkeit und sein freies Selbstbestimmungsrecht und erklärte, nicht gewillt zu sein, eine große gewerkschaftliche Unflugheit seines Streikverbündeten mitzumachen und die Arbeiter in einem verlorenen Kampfe fortzuhalten. Der sozialistische Maurerverband verhandelte mit den Unternehmern weiter, ohne allerdings noch wesentliche weitere Zugeständnisse zu erzielen. Immerhin erreichte er eine kleine Lohnverbesserung und ging dann mit den Unternehmern gegen den ausdrücklichen Willen seines Streikverbündeten, gegen den Willen der Mehrheit der organisierten Arbeiter und ohne vorher mit seinen Mitgliedern und der streikenden Arbeiterschaft Rücksprache genommen zu haben, tarifliche Vereinbarungen ein. Eine gemeinsame Versammlung der streikenden Rohrleger beschloß jedoch mit 57 gegen 44 Stimmen, die von den Beamten des sozialistischen Maurerverbandes mit den Unternehmern getroffenen Vereinbarungen nicht anzuerkennen. Eine Annahme dieser Vereinbarungen sei um so eher unmöglich, als der Ablaufstermin in der für die Arbeiter ungünstigen Zeit verbleibe und weil eine Versammlung vorher schon mit Rücksicht beschloßen habe, den allgemeinen Streik zwar aufzuheben, jedoch betriebsweise vorzugehen und den Unternehmer zu bestreiten, der die Forderungen der Arbeiter nicht bewillige. Von diesem Beschlusse könne nicht abgegangen werden. Darauf gab der Beamte des sozialistischen Maurerverbandes folgende Erklärung ab:

„Ich erkläre hiermit, daß die Abmachungen, die wir Ihnen hier vortragen, für uns bindend sind und die im Verbanne Organisierten morgen die Arbeit trotz der hier erfolgten Ablehnung aufnehmen.“

Es gelang schließlich dem Maurerverbande, seine Mitglieder zur Arbeitsaufnahme zu bewegen. Wer der Verbandsparole nicht folgte, wurde unabsichtlich ausgeschlossen. Aber damit hatte es nicht sein Bewenden. Die Vertreter des sozialistischen Maurerverbandes ließen sich wohl von folgenden Gedanken leiten: Die Fortsetzung des Streiks ist unsinnig und unverantwortlich, da nach Lage der Dinge weitere Zugeständnisse nicht zu erringen sind. Die Arbeiter werden den Kampf verlieren, und dann sind nicht nur all die materiellen und ideellen Opfer unnütz gebracht, sondern es besteht die große Gefahr, daß die Arbeiter unter verschlechterten Verhältnissen wieder in die Bauten müssen. Eine Berufsorganisation, die sich ihrer großen Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern und der Arbeiterschaft bewußt ist, darf einen solchen Kampf unter keinen Umständen mitmachen. Die „Freie Vereinigung“ vergeht sich an den Interessen der Rohrleger. Der Kampf muß so bald als möglich beendet werden und darum muß der Maurerverband sehen, eine große Gruppe von Rohrlegern auf seine Seite zu bekommen und zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Er ging darum auf die Suche nach „Arbeitswilligen“ und „Streikbrechern“. Früher hatte eine gemeinsame Rohrlegerversammlung beschloßen, den Unorganisierten keinerlei Unterstützung auszubehalten. Um die Streikbeendigung

zu beschleunigen, setzte sich der Maurerverband über diesen Beschluß hinweg. Er warb eifrig unter der unorganisierten Rohrlegern und sicherte jedem, der die Arbeit aufnahm, das jahungsgemäße Eintrittsgeld und einen Wochenbeitrag entrichtete, eine Unterstützung von wöchentlich 13 M. und für jedes Kind wöchentlich 1 M. zu. Inwiefern sein Vorgehen von Erfolg war, ließ sich bei Abfassung dieses Artikels noch nicht feststellen.

Dieses Verhalten des „freien“ Maurerverbandes bedeutet eine glatte Verurteilung der Haltung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes und eine volle Rechtfertigung der Taktik unserer Organisation im Krefelder Färberkampf. Ueberdies sprachen im Krefeld damals die Verhältnisse noch viel mehr für die Taktik unserer Verbandsleitung, als es im Berliner Rohrlegerstreik für die Haltung des Maurerverbandes der Fall ist. Unsere Verbandsleitung hat in Krefeld niemals feste Vereinbarungen mit den Unternehmern getroffen, ohne nicht vorher mit den Mitgliedern Rücksprache genommen zu haben. Nun werden gegen den Maurerverband die gleichen Vorwürfe und Schimpfereien geschleudert, die sich damals wie eine Schlammslut gegen unsere Organisation ergossen. Allerdings nicht im „deutschen“ „Textilarbeiter“ und in der übrigen sozialdemokratischen Presse, sondern in dem Organ der „Freien Vereinigung“. Er befindet sich in einer ähnlichen Lage, in der damals unser Verband sich befand. Der Maurerverband soll „Arbeiterverrat“, „Streikbruch“ und „schändlichen Vertrauensbruch“ begangen haben, er soll eine „Streikbrecherorganisation“ sein, die Streikbrecher für Geld lauft und im Interesse und mit Hilfe der Unternehmer Arbeitswillige vermittelt. Aber den sozialistischen Maurerverband läßt das „Mühl bis ans Herz hinan“. Er erklärt einfach, und der „Vorwärts“ stimmt ihm darin zu: unsere Leitung und Mitglieder haben den Streik für beendet erklärt; für sie gibt es keinen Streik im Berliner Rohrlegergewerbe mehr und darum auch keinen Streikbruch. Die Minderheit darf und kann nicht dazu gezwungen werden, einen von vornherein verlorenen Kampf und jede gewerkschaftliche Dummheit der Mehrheitsorganisation mitzumachen.

Die Leitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes wird ihn allerdings eines Besseren belehren, weil sie sonst ihre Taktik in Krefeld selber als das bezeichnen müßte, was sie in Wirklichkeit war: unverantwortlich und arbeiterschädigend.

Allgemeine Rundschau.

Ein vernünftiges Wort.

Die gegenwärtigen Zeiten sind der Arbeiterbewegung nicht besonders günstig. Auf sozialpolitischem Gebiete erhebt die Reaktion immer schärfer ihr Haupt und verlangt entschieden einen Stillstand der sozialen Gesetzgebungsmaschinerie. Zur gleichen Zeit suchen die gleichen Kreise die Selbsthilfebestrebungen der Arbeiter zu unterbinden und deren Organisationen in Fesseln zu schlagen. Die mächtig erstarkten und einheitlich zusammengefaßten Unternehmerorganisationen setzen dem berechtigten Vorwärtstreben der organisierten Arbeiterschaft wachsenden Widerstand entgegen. Demgegenüber bedeutet zweifellos der oft in unnötiger Schärfe geführte Kampf der Arbeiterorganisationen unter sich eine Schwächung der Position der Arbeiter. Die Erkenntnis dieser Tatsache scheint auch in manche Kreise der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer eingedrungen zu sein. So sagte z. B. der Genosse Robert Schmidt-Berlin, Leiter der der Generalkommission angeschlossenen sozialpolitischen Abteilung, auf dem kürzlich in München stattgefundenen sozialdemokratischen Gewerkschaftskongress unter Bezugnahme auf eine von Professor Hans Dehnbald gemachte Aeußerung, daß die Stärke der Gewerkschaften durch ihre konfessionelle und politische Zersplitterung geschwächt sei, folgendes:

„Das ist richtig, und das muß uns eine Mahnung sein, hinzustreben auf eine Verständigung mit den andern Gewerkschaften, um bei wichtigen Kämpfen gemeinsam vorzugehen. Damit würde die Hoffnung unserer Gegner zerschanden, wenn es gelänge, vorläufig wenigstens eine Verständigung für gewisse große Aktionen vorzubereiten, wie das jetzt ja schon manchmal geschieht.“

Dem hier von Robert Schmidt geäußerten Grundgedanken stimmen wir durchaus zu. Eine solche Verständigung von Fall zu Fall könnte den Arbeiterinteressen nur dienlich sein. Allerdings müßte sie unter Ausschluß aller Hintergedanken auf ehrlicher Basis und unter Berücksichtigung vernünftiger gewerkschaftlicher Grundsätze erfolgen. Selbstverständlich müßte auch sein, daß die Selbständigkeit aller beteiligten Organisationen gewahrt bliebe und auch die Minderheitsorganisationen als gleichberechtigt anerkannt und ihnen eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung in den einzelnen Instanzen eingeräumt würde. Dann, aber auch nur dann wäre — unbeschadet der zwischen den einzelnen Organisationen bestehenden grundsätzlichen Verschiedenheiten, die ja trotzdem bestehen bleiben — ein gemeinsames Vorgehen von Fall zu Fall sehr wohl möglich und — wir betonen es nochmals — durchaus zu wünschen. Dazu gehört allerdings guter Wille auf beiden Seiten, und ob der in unserm Beruf bei der Leitung der sozialdemokratischen Konkurrenzorganisation in genügendem Maße vorhanden ist, müssen wir nach den bisher gemachten Erfahrungen füglich bezweifeln. Schon das Studium des „Textilarbeiters“ und seine Art zu kämpfen belegen genug. Und doch wäre gerade in unserer Industrie ein besseres Verhältnis und ein gemeinsames Vorgehen der bestehenden Organisationen so bitter nötig, sowohl zur Schaffung gesunder organisatorischer Verhältnisse als auch zur wirtschaftlichen Besser-

Kellung der Textilarbeiterschaft. Es wäre darum durchaus zu wünschen, daß die Äußerungen des Genossen Robert Schmidt auch bei der Zeitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes und vor allem bei der Redaktion des „Textilarbeiters“ die gebührende Beachtung fänden.

Studentische Arbeiterunterrichtskurse.

Die Zeit der studentischen Ferien steht unmittelbar vor der Tür, und da ist es Pflicht unserer verantwortlichen Personen in den Ortsgruppen, unerbüßlich, wenn es möglich ist, mit dem Kartell und den konfessionellen Standesvereinen, die Vorbereitungen für die studentischen Arbeiterunterrichtskurse zu treffen. Diese Kurse sind für die Beteiligten selbst und für unsere Bewegung von außerordentlich großer Bedeutung.

Sie bieten unseren Mitgliedern die Möglichkeit, ihre Volksschulkenntnisse aufzufrischen und zu erweitern, Anregungen für das weitere Selbststudium zu bieten. Sicherlich vermag die, wenn auch bescheidene Kursarbeit unserer Studenten für manche unserer Kollegen, die Tag ein Tag aus in der eintönigen Handarbeit, in der Stumpfheit des Lebens stehen, von dauerndem großen Werte sein.

Darüber hinaus haben wir an der grundsätzlichen Richtung dieser Bestrebungen ein Interesse. Die Studenten, die während der Ferien in ihren Unterrichtskursen mit der handarbeitenden Bevölkerung zusammenkommen, gehen von dem Gedanken aus, sich eine bessere Kenntnis des Volkstums zu verschaffen, als die führende Schicht von heute in Deutschland sie hat. Ein solches Bestreben muß unsererseits gefördert werden. Denn es ist gar nicht mit Worten auszudrücken, wie ganz anders sich die Arbeiterbewegung in Deutschland entwickelt hätte, wenn die Bildungsschichten ein größeres Verständnis für die handarbeitende Bevölkerung gehabt hätten. Derartiges Verständnis erwirbt man aber nur in der Jugendzeit.

Die sozialwirkenden Studenten wollen durch ihre Mitarbeit weiter auf eine Milderung und Ausföhrung der Gegensätze zwischen Bildungs- und Besitzschicht einerseits und handarbeitender Bevölkerung andererseits hinwirken. Auch dieser Gedanke ist uns außerordentlich wertvoll. Der grenzenlose Radikalismus weitester Volksschichten in unserem Vaterlande, der das verständliche Echo des extremen Kastengeistes der führenden Schichten unseres Landes ist, zerrüttet die Gelumtheit der deutschen Nation bis in ihre Tiefen. Wenn heute ein ernstdenkender Teil der bürgerlichen Studentenschaft diesen Kastengeist dadurch angreift, daß man den Weg zu uns sucht, dann wäre es sträfliche Torheit, die Hände, die uns herübergereicht werden, nicht zu ergreifen.

Wir müssen uns daher als christliche Gewerkschafter grundsätzlich auf den Standpunkt stellen, daß die studentischen Annäherungsversuche während der Ferien auf das lebhafteste von uns gefördert werden sollen. Das gilt vor allem von den bereits erwähnten heimatlichen Arbeiterkursen. Wir müssen rechtzeitig für dieselben die Lokale zur Verfügung stellen und die Sammlung der Teilnehmer, die sich in Listen eintragen, sowie die Sammlung des Betrages (50 Pfg. für 10 Unterrichtsabende) übernehmen. Auch sollte jedes Kartell, wenn es dazu in der Lage ist, eine finanzielle Beihilfe zur Ermöglichung dieser Kurse in seinen Etat einstellen und wiederholt in Versammlungen, in der Presse und bei der persönlichen Agitation auf die Wichtigkeit dieser Kurse hinweisen. Die Studenten arbeiten in den Kursen ehrenamtlich. Aber die Propaganda, die Reise, die Fahrt zum Lokal usw. verursachen hier und da Unkosten, die gedeckt werden müssen. Die Kurse selber arrangiere man möglichst gemeinsam mit den übrigen christlich-nationalen Vereinen am Orte, die für die Sache gewonnen werden können. Das Ziel muß sein, die Kurse so auszugestalten, daß sie als selbständige Bildungs- und Erziehungsrichtung aus sich heraus existenzfähig werden. Es ist darum überall ein Kuratorium erwünscht, in dem die akademischen Schichten ebenso wie die Arbeiter vertreten sind.

Erbliche Schwierigkeit bietet an manchen Orten die geschickte und rechtzeitige Werbung der Lehrkräfte für diese Kurse. Unsere Kollegen sind gebeten, wegen der studentischen Mitarbeit sich möglichst frühzeitig mit dem „Sekretariat sozialer Studentenarbeit“, W.-Mladbach, Kurzestr. 10, in Verbindung zu setzen. Dasselbe wird die Adressen derjenigen Studenten, die für die Kurse in Betracht kommen, ausfindig machen und mitteilen. Das Sekretariat veranlaßt auch, daß fremde Studenten für die Kursausleitung als sog. Residenzarbeiter herbeikommen, denen dann allerdings ein passendes unentgeltliches Logis für die Zeit verschafft werden muß, das durchaus nicht sein und vornehm, aber anständig und sauber sein muß. Man wende sich also an das W.-Mladbacher Sekretariat.

Arbeiterinnen in den christlichen Gewerkschaften.

Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften von 1913 bietet eine Handhabe, die Entwicklung der Durchschnittsziffer der weiblichen Mitglieder in unseren christlichen Berufsorganisationen zu verfolgen. Seit 1902 werden in den Jahresberichten die Zahlen für männliche und weibliche Mitglieder getrennt aufgeführt. Die Entwicklung ist folgende:

1902	4 077	1903	22 087
1903	5 465	1909	20 182
1904	7 624	1910	21 833
1905	11 991	1911	27 152
1906	21 646	1912	28 008
1907	24 122	1913	27 623

Im ganzen ist das eine ganz hübsche Steigerung, wenn auch hin und wieder Rückschläge zu beachten sind, die wohl hauptsächlich in schlechten Konjunkturverhältnissen ihre Ursache haben und in keiner Berufsorganisation zu vermeiden sind. Immerhin bleibt uns in der Werbearbeit noch sehr viel zu tun übrig.

Gegen das Vorjahr ist die Zahl der christlich organisierten Arbeiterinnen im Jahre 1913 um 385 zurückgegangen, obwohl 9 Berufsverbände eine Zunahme der weiblichen Mitglieder aufweisen. Jedoch war diese Zunahme nicht stark genug, den Verlust wettzumachen, den 6 Zentralverbände hatten. Den zahlenmäßig größten Rückgang hat unser Verband. Zählen wir doch im Jahresdurchschnitt 1913 allein 510 Kolleginnen weniger als 1912.

Die Ursachen für die unbefriedigende Entwicklung in unserem Verband sind in unserer Textilarbeiter-Zeitung bereits früher aufgeführt worden. Die schlechte Konjunktur und der Gewerkschaftsstreik haben die Arbeiterinnenagitation gehemmt. Der Rückgang würde noch größer sein, wenn nicht gerade im Jahre 1913 eine große Anzahl opferwilliger Mitarbeiterinnen an Werte gewesen wäre und schöne Erfolge erzielt hätte. Der Tätigkeit dieser Kolleginnen haben wir es ganz besonders mit zu verdanken, daß der Rückgang kein größerer ist.

Bezüglich der übrigen Verbände ist zu sagen, daß auch die Tabalarbeiter 342 weibliche Mitglieder verloren haben. Außerdem haben die Krankenpfleger 97, die Gasthausangestellten 33 und die Lederarbeiter 19 weibliche Mitglieder weniger. Die Holzarbeiter haben 7 Arbeiterinnen weniger und verzeichnen damit die geringste Abnahme.

An der Zunahme sind beteiligt die Verbände der Metallarbeiter mit 12, der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter mit 15, die Verbände der Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter, der Gemeindeglieder und Straßenbahner mit je 26 weiblichen Mitgliedern. Im Schneiderverband sind gegen 1912 47 weibliche Mitglieder mehr, der Keramik- und Steinarbeiterverband hat um 48 zugenommen. Selbst der graphische Zentralverband kann 63 Kolleginnen mehr zählen als 1912. Der Verband der Nahrungsmittel- und Genussmittelarbeiter hat 189 weibliche Mitglieder zugenommen. Die stärkste Zunahme hat der Gewerbeverein der Heimarbeiter aufzuweisen, nämlich 197. Wir freuen uns über den Aufstieg unserer Schwesterorganisation. Wir werden die unorganisierten Textilarbeiterinnen mit Recht hinweisen können auf die armen Heimarbeiterinnen, die trotz ihrer schlechten Lage und ihrer sehr schwierigen Agitationsverhältnisse so rüstig weiterkommen und dadurch bekunden, daß sie Standesbewußtsein und Opfermut besitzen.

Der Jahresbericht des Gesamtverbandes sei uns eine Mahnung. Wir müssen als Textilarbeiterinnen mit allen Kräften dafür sorgen, daß im nächsten Jahr nicht wieder ein Abstieg, sondern ein Fortschritt verzeichnet werden kann. F. H.

Unlautere Agitationsmethoden?

Das Organ des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter bringt in seiner Nummer 28 vom 10. Juli eine Notiz unter der Ueberschrift: „Warnung vor dem Betreten der Büros des christlichen Textilarbeiterverbandes“. Darin wird folgendes behauptet: Unlängst sei nach Bielefeld ein Mitglied des „deutschen“ Verbandes zugereist und habe auf der Straße nach dem Büro unseres christlichen Textilarbeiterverbandes gefragt. Dort angekommen, habe das betr. „deutsche“ Mitglied sein Mitgliedsbuch vorgelegt. Es sei ihm abgenommen worden und habe dann Reisegeld erhalten. Auch sei für das Mitglied Logis angewiesen und bezahlt worden. Erst am anderen Tage habe der „Funktionär des christlichen Verbandes“ „seinen Irrtum bemerkt“, habe dem betr. Arbeiter jedoch nicht sein Mitgliedsbuch vom „deutschen“ Verbande ausgehändigt, sondern eins von unserer Organisation. Auch habe er dem „deutschen“ Mitgliede sofort einen größeren Beitrag abgenommen, wodurch ein Teil seiner Ausgaben sofort Deckung finde. Ähnliche Fälle seien schon in Nordhorn und anderwärts passiert. Leider gibt der „Textilarbeiter“ nicht an, wo und wann dieses „anderwärts“ war.

Wir haben zu dieser Mitteilung des „Textilarbeiters“ zunächst nur folgendes zu bemerken: Wir haben uns nach Nordhorn und Bielefeld gewandt, um Klarheit und Wahrheit in der Sache zu erhalten. Die Antwort steht noch aus. Solange wir nicht die Bestätigung von den Vorsitzenden der betr. Ortsgruppen haben, halten wir die Erzählungen des „Textilarbeiters“ für eine Fabel. Wir halten es für ganz ausgeschlossen, daß sich unsere führenden Kollegen zu solchen unethischen und dummen Manipulationen verleiten lassen. Zudem ist der Vorsitzende oder Kassierer gar nicht berechtigt, auf Grund eines Mitgliedsbuches Reisegeld auszugeben, das kann nur auf Grund einer besonderen Bescheinigung geschehen, die den Stempel derjenigen Ortsgruppe tragen muß, der das betr. Mitglied zuletzt angehört oder von der es zuletzt Reiseunterstützung erhalten hat. Uebrigens unterhält unser Verband weder in Nordhorn noch in Bielefeld ein Büro. Wir haben dort nur kleine Ortsgruppen, die weder einen Beamten noch ein Büro haben.

Wir halten es aber nicht für ausgeschlossen, daß unsere Kollegen in den betr. Ortsgruppen und auch die Zeitung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes das Opfer eines Kassenmachers oder Schwindlers geworden sind.

Auf der Bugra.

In Leipzig findet bekanntlich die große „Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik“ statt, auf der auch die christlichen Gewerkschaften vertreten sind. Im ganzen kann man sagen, daß sich die christlichen Gewerkschaften mit ihrer Ausstellung wohl sehen lassen können, daß die Aufmachung ihrer Ausstellung recht hübsch und

geschmackvoll ist und sich in den Rahmen der allgemeinen Ausstellung gut und würdevoll einpaßt.

Zunächst hängen die Zeitschriften der einzelnen Gewerkschaftsverbände, mit den fremdsprachigen (polnisch, holländisch, französisch, italienisch) insgesamt 31 Organe, in den entsprechenden Unterabteilungen der Gruppe Fachpresse aus, darunter auch unsere Textilarbeiter-Zeitung und der von unserem Verband für unsere holländischsprechenden Kollegen herausgegebene „Christelijke Werkman“ und das Organ unserer internationalen Vereinigung, das „Internationale Korrespondenzblatt“. Ferner hat der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, dem 26 einzelne Berufsverbände angeschlossen sind, in derselben Abteilung der Ausstellung eine eigene Koje belegt, um einen zusammenfassenden Ueberblick über die literarische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften zu bieten. Auf dem Hintergrunde der Koje veranschaulicht eine künstlerisch ausgestattete Tafel die Idee des Gesamtverbandes: das Schutz- und Trugbündnis zur Wahrnehmung der materiellen und geistigen Interessen der christlichen Arbeitererschaft. Ueberaus wirkungsvoll deuten unterhalb der symbolischen Darstellung einige wenige Zahlenangaben im Rapidarstil darauf hin, was das Schutz- und Trugbündnis nach der materiellen Seite bisher erreicht hat, während die Verbandszeitschriften, die sich um die symbolische Darstellung schmeigeln, gleichsam einen geistigen Blütenkranz bilden, der aus dem Bündnis erwachsen ist. Eine Auswahl von Plakaten einzelner Verbände ergänzt das Bild harmonisch und beleuchtet die Ausnutzung moderner Errungenschaften im Werbedienst der christlichen Gewerkschaften.

Das übrige die Koje ausfüllende Material ist eine Auswahl aus den Schriften, die aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen sind. Der größere Teil ist in mannigfaltiger Verteilung übersichtlich in Glaskästen untergebracht. Auf diese Weise erhält auch der Fernsehende einen Einblick in die geistige Werkstatt der christlichen Gewerkschaften. Vielleicht ermuntert ihn dies dazu, dieser oft noch mit so großem Vorurteil in der öffentlichen Auseinandersetzung behandelten Bewegung einmal in ihren eigenen literarischen Äußerungen etwas nachzugehen. Dabei wird ihm das für jeden Interessenten in der Ausstellung bereit liegende „Literatur-Verzeichnis“ zweifellos sehr willkommen sein.

Nicht weit vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat der ihm angehörende Gutenberg-Bund eine noch größere Koje belegt, um den Besuchern der Ausstellung ein Bild von der Wirksamkeit der viel besetzten Organisation der christlich-nationalen Buchdrucker zu bieten. Der Nachdruck liegt hier auf der Veranschaulichung der sozialen Selbsthilfsbestrebungen und des Bemühens um die fachtechnische Fortbildung der Mitglieder. Das geschieht mit Hilfe stimmungsvoller künstlerischer Darstellungen und graphischer Tabellen. Der Besucher, der wiederum eine für ihn bestimmte kurze Einführung in die Sonderausstellung vorfindet, wird auch aus dieser Abteilung manche Anregung und einen tiefen Einblick in das Tätigkeitsgebiet der christlichen Gewerkschaftsorganisationen gewinnen können.

Arbeitslosenfragen bei Wein und Braten.

Beim Festmahl, zwischen Fisch und Wein und Braten, läßt sich gut und leicht die Arbeitslosenfrage lösen. Bei einem Festessen, das aus Anlaß einer landwirtschaftlichen Ausstellung von der heftischen Landwirtschaftskammer in Hersfeld veranstaltet worden war, erhob sich Herr von Dodelschwingh-Schwarzthal und hielt folgende Rede:

„Viele von Ihnen haben gewiß mit mir in den letzten Tagen gedacht: wenn wir doch, um das schöne Heumetter auszunutzen, einige von den vielen Bummelern hier hätten, die in den Großstädten herumlungern. Und da hören wir von Arbeitslosenversicherung. Ich glaube, alle heftischen Landleute werden zustimmen, wenn ich sage: Wenn die Regierung diesem Projekt, dieser Prämie auf die Faulheit, wirklich ernstlich näherzutreten sollte, so wird ein Sturm der Entrüstung durch die gesamte deutsche Landwirtschaft gehen. Man ist wirklich versucht, zu sagen, daß es eigentlich ein Beweis dafür ist, welcher milden und freibeitlichen Institutionen wir uns erfreuen, wenn die, welche mit diesem Gedanken der Arbeitslosenversicherung spielen, nicht eine Anklage wegen groben Unfugs zu gewärtigen haben.“

Lebhaft klatschten die Zuhörer Beifall, während die Braten dufteten, die würzigen Gerüche der Weine sich vermischten mit dem Aroma der 50 Pfgs.-Zigaretten, die die Landwirtschaftskammer zu Ehren dieser „Sozialpolitiker“ und „Menschenfreunde“ gestiftet hatte.

Und in der kleinen Kammer einer Großstadtwohnung bricht eine arme, von Sorgen schwer gedrückte Arbeiterfrau den letzten Brocken Brot für ihre Kinder, derweil ihr Mann nun schon seit Wochen von Fabriktor zu Fabriktor läuft und vergeblich um Arbeit bittet.

Unklug publiziert.

Die von uns früher schon im Wortlaut gebrachte Verordnung der sächsischen Regierung betreffend das Verhalten der Polizeibehörden bei gewerblichen Streitigkeiten (Streiks, Aussperrungen) ist nun veröffentlicht worden und damit in Kraft getreten. Die Verordnung hat vor allem den Schutz der Arbeitswilligen zum Zweck. Die wichtigsten Paragraphen sind die §§ 4 und 5. Nach dem ersten sind Streikposten oder sonstige am Streik interessierte Personen, die die öffentliche Ordnung oder Sicherheit, die Bequemlichkeit oder Ruhe auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen stören, insbesondere Arbeitswillige oder andere Personen belästigen oder in bedrohlicher Weise auftreten, von dieser Stelle des Verkehrsraumes einschließlic

Einfahrten und Hauseingängen fortzuweisen und nötigenfalls zu entfernen. Als Belästigung ist auch anzusehen, wenn solche Personen (also Arbeitswillige u. dergl.) wider ihren ausgesprochenen oder erkennbaren Willen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen angesprochen oder augenfällig begleitet werden. Nach § 5 kann die Polizei eventl. nach Lage des Falles die Ausstellung von Streikposten vorübergehend oder für die Dauer der betreffenden Streitigkeit ganz verbieten.

Gegen diese Verordnung muß auch die national gesinnte Arbeiterschaft entschieden protestieren. Die Verordnung bildet eine wesentliche Beeinträchtigung der Koalitionsfreiheit. Die amtliche „Leipziger Zeitung“ will das zwar nicht gelten lassen. Sie sagt in einer Erklärung, die neue Verordnung solle in gleicher Weise dem Schutze des Koalitionsrechtes wie der Bekämpfung des ungesetzlichen Terrorismus dienen. Von sogenannten Schärmaacherischen Tendenzen könne darum keine Rede sein. Diese Erklärung klingt ja recht schön; zu überzeugen vermag sie ebensowenig wie die in § 1 der Verordnung den Polizeibehörden auferlegte Pflicht der Nichteinmischung in die gewerblichen Streitigkeiten und der strengsten Unparteilichkeit. Tatsache ist, daß die Verordnung das Streikpostenwesen ganz der Willkür der Polizeibehörden überläßt. Was das bedeutet, wissen wir aus Erfahrung. Besonders der § 5 gibt der Polizei die Ermächtigung, das Streikpostenwesen direkt zu untersagen. Die Unternehmer werden bei ihrem Einfluß schon dafür sorgen, daß diese Paragraphen auch entsprechend angewandt werden. Was aber wird damit erreicht? Nur Unzufriedenheit und Erbitterung, auch unter der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft. Die praktische Folge wird voraussichtlich nicht eine Verengerung, sondern eine Vermehrung der Streikbelaste sein. Wozu scharf macht Schärlich. Freude kann an dieser Verordnung lediglich der radikale Flügel der politischen Sozialdemokratie haben.

Praktiken der Betriebskrankenkassen.

Die Klagen der Arbeiter über die Betriebskrankenkassen sind voll und ganz berechtigt. Sie rühren vielfach daher, daß in mancher Betriebskrankenkasse der Unternehmer die gesetzlichen Rechte der Arbeiter wenig achtet. Die Arbeiter können sich aber nicht immer mit der notwendigen Entschiedenheit zur Wehr setzen, weil sie befürchten müssen, ihre Arbeit zu verlieren. Hauptsächlich wird von den Versicherten gegen die Betriebskrankenkassen, und zwar mit vollem Rechte, eingewendet, daß die Arbeiter ihre Meinung nicht entscheiden genug zum Ausdruck bringen dürften, wenn sie von der des Betriebsleiters als Kassenvorsitzenden abweicht. Halten aber die Arbeiter einmal mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berge, so geschieht es nicht selten, daß dann die Wortführer der Arbeiter als Unliebsame entlassen werden. Hinzu kommt dann ferner noch, daß manche Firmen mit eigenen Betriebskrankenkassen die Arbeiter vor Aufnahme in den Betrieb auf ihren Gesundheitszustand untersuchen lassen. Alte und schwächliche Arbeiter werden dann überhaupt nicht eingestellt, nur um gute Risiken für die Betriebskrankenkassen zu haben.

Zur Erreichung desselben Zweckes werden auch schon seit mehreren Jahren bei einigen Firmen in M. Gladbach von den Betriebskrankenkassen sonderbare Praktiken beliebt. Manche Arbeiter in diesen Betrieben, die sich einmal nicht ganz wohl fühlen, denken schon immer mit Schrecken daran, daß vom Arzte eine mehrwöchige oder gar mehrmonatige Heilkur für sie beantragt werden könnte. Sie wissen nämlich dann ganz gut, daß mit dem Momente, wo sie gezwungen sind, zur Behebung eines Leidens eine Heilstätte aufzusuchen, sie auch keinerlei Aussicht mehr haben, nach der Rückkehr aus der Heilstätte wieder ihre alte Arbeitsstelle zu bekommen. Die Firmen mit Betriebskrankenkassen stellen nur in ganz seltenen Fällen solche Arbeiter, die einmal krank geworden sind und einige Zeit in einer Heilstätte waren, wieder ein, weil sie „sparen“, weil sie auf diese Weise ein möglichst kleines Risiko für ihre Betriebskrankenkasse erzielen wollen. Ob nun durch solche trüben Aussichten für den Arbeiter dann schließlich das ganze Heilverfahren ungünstig beeinflusst wird, was kümmerlich den Versicherten und Wahren der Geldsachinteressen.

Es ist in M. Gladbach schon wiederholt vorgekommen, daß von diesen Armeisten der Armen, von diesen Arbeitern, die aus der Heilstätte gekommen waren, in sämtlichen hiesigen Betrieben vergeblich um Arbeit angefragt worden ist. Man stelle sich nur einmal die Lage eines solchen verheirateten Familienvaters vor, der von Fabrik zu Fabrik wandert, um ein Unterkommen zu finden! Man wird es dann auch begreifen können, daß manche Arbeiter lieber auf ein Heilverfahren ganz verzichten, nur damit sie wenigstens vorläufig noch in Arbeit bleiben können. Einer der hauptsächlichsten Zwecke der Versicherungs-gesetzgebung ist nun aber schließlich der, krankheitsvorbeugend zu wirken oder mit anderen Worten, die Invalidität der Arbeiter solange als nur überhaupt möglich hintanzuhalten. Dieser Zweck der sozialen Versicherungs-gesetzgebung wird aber durch das rücksichtslose und durchaus unsoziale Vorgehen mancher hiesiger Firmen mit Betriebskrankenkassen vollständig in Frage gestellt.

In einem M. Gladbacher Textilbetriebe mit einer Betriebskrankenkasse, wo aber die meisten Arbeiter Mitglieder unseres Verbandes sind, ist durch das Vorkommnis, daß der Arbeiterauschusses erreicht worden, daß aus einer Heilstätte zurückkehrende Arbeiter, die auch vor dem Aufenthalt in der Heilstätte bei derselben Firma in Arbeit standen, wenigstens noch einige Wochen nach ihrer Rückkehr beschäftigt werden, damit sie einen Arbeitschein und durch diesen dann anderweitig leichter Arbeit erhalten. Wenn überall die Arbeiter in den

Betrieben mit eigenen Betriebskrankenkassen den Weg zur Organisation fänden, dann könnten noch manche Vorteile zugunsten der Arbeiter herausgeschlagen werden. Es könnte dann auch viel nachdrücklicher noch auf die Gesetzgebung im Sinne einer vollständigen Beseitigung der Betriebskrankenkassen hingewirkt werden. Durch die Bestimmung in der Reichsversicherungsordnung, wonach bei Inkrafttreten des Gesetzes alle Betriebskrankenkassen mit weniger als 100 Mitgliedern der Auflösung verfallen, sind schon 2843 Betriebskrankenkassen in Deutschland eingegangen und sind die Mitglieder dieser Betriebskrankenkassen den Ortskrankenkassen zugeführt worden.

Die Vorteile, die einzelne Betriebskrankenkassen in bezug auf die Leistungen ihren Mitgliedern gegenüber den Leistungen der Ortskrankenkassen bieten, sind in den allermeisten Fällen nur vermeintliche Vorteile. Es sind in der Regel nur scheinbare Vorteile, da, wie vorstehend geschildert, durch die Nachteile der Betriebskrankenkassen der Arbeiterschaft unter Umständen unschätzbaren Schaden zugefügt wird. Die Arbeiterschaft darf darum in ihrem eigenen Interesse nicht eher ruhen, als bis es den nur auf ihren Geldsack bedachten Unternehmern einfach unmöglich gemacht worden ist, in der oben geschilderten Weise krank gewordene Arbeiter zu behandeln. Dieses Ziel kann am ehesten dann erreicht werden, wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben mit eigenen Krankenkassen sich gewerkschaftlich organisieren.

Die „Macht“ der Sozialdemokratie.

Der sozialdemokratische Rechtsanwält und Reichstagsabgeordnete Genosse Heine ist mit dem Sitzbleiben der Fraktion beim Kaiserhoch nicht einverstanden. Er plädiert im „Vorwärts“ dafür, daß die Fraktion in Zukunft beim Kaiserhoch wieder hinausgehe. Was ihn zu dieser Stellungnahme bewog, ist die Furcht vor den Folgen der sozialdemokratischen „Sitzdemonstration“. Er fürchtet, daß im Herbst der Reichstag aufgelöst und die unpatriotische Haltung seiner Fraktion als Wahlsparole benutzt und gegen die Sozialdemokratie ausgeschaltet werden könnte, um eine Dezimierung ihrer Abgeordneten zu erreichen. Weiter sieht er, falls dieser Schachzug gelingt, bereits die Wiederherstellung der konservativ-klerikalen Mehrheit, und als Folge, Gesetze gegen den Umsturz und gegen das Koalitionsrecht voraus.

Das möchte Heine verhindern, darum seine Abneigung gegen die „Sitzdemonstration“. Interessant sind nun einige Bemerkungen, die Heine bei der Gelegenheit über die Macht, oder besser gesagt, Ohnmacht der Sozialdemokratie sagt. Sie lauten:

„Die Sozialdemokratie hat ohnehin nicht die Macht, die ihren mehr als vier Millionen Reichstagsstimmen und 111 Abgeordneten entspreche. Wir sind bei aller zahlenmäßigen Ausdehnung nicht imstande, die Regierung an der Verfeinerung unserer Gesinnung und der Verfolgung unserer Anhänger zu hindern. Die Reaktion droht dreist mit neuen Ausnahmegesetzen und mit Vernichtung des Koalitionsrechts.“

Die Hoffnung dieser arbeiterfeindlichen Politik beruht auf der Sammlung aller Parteien gegen die Sozialdemokratie. Ist diese gelungen, so helfen uns alle Reden und Demonstrationen nichts.

Dagegen beruhen unsere Aussichten für das nächste Jahrzehnt, ja wahrscheinlich darüber hinaus, darauf, daß wir diese volksfeindliche Sammlung hintertreiben, daß wir der politischen und kirchlichen Reaktion eine freisinnige Sammlung entgegenstellen. Oder weiß jemand etwas anderes Wirksames zu empfehlen?

Natürlich würden wir auch mit Hilfe solcher Koalition nicht ehestens einen sozialistischen Zukunftsstaat errichten können, und auch die freihheitlichen und sozialen Reformen würden angehts der Stellung unserer Bundesgenossen von rechts zu diesen Fragen und des unter den verbündeten Regierungen herrschenden Geistes nur stöckend vorwärtskommen. Aber eine durch Koalition gewonnene halbe Macht ist immer besser als eine intransigente Ohnmacht. Auch von agitatorischen Gesichtspunkten aus: denn wir dürfen dem Volke nicht das Schauspiel bieten, daß die größte Partei, der es sein Vertrauen geschenkt hat, nicht das geringste zum Schutze seiner Rechte erreichen kann. Mit Reden und Anträgen allein kann eine kleine Sekte wirken, an deren Zukunft man glaubt. Von einer großen Partei verlangt das Volk Gegenwart, Leistungen, Erfolge; und ganz mit Recht!“

Die Sozialdemokratie vermag also aus sich heraus nichts. Sie bedarf, um praktische Erfolge zu erzielen, der Mitwirkung anderer bürgerlicher Parteien; sie muß Kompromisse abschließen. Mit ihrer Alles-oder-Nichts-politik, mit der Politik der tönenden Phrasen tritts aus. Ihre eigenen Anhänger wollen endlich Taten, praktische Erfolge sehen. „Von einer großen Partei verlangt das Volk Gegenwart, Leistungen, Erfolge; und ganz mit Recht!“ sagt Heine. Damit gesteht er indirekt ein, daß die bisherige Haltung der Sozialdemokratie den Arbeiterinteressen wenig dienlich war. Ob's in Zukunft besser wird, ist mehr als fraglich.

Reichstagsarbeiten.

Ueber verschiedene Vorgänge während der letzten Reichstags-sitzung 1913/14 ist bereits berichtet worden. Dabei wurde auch die Tätigkeit der Abgeordnetenkollegen aus dem Arbeiterstand gewürdigt. Mancher meint, daß durch Reden der Abgeordneten allein schon jede Beschwerde abgestellt, die verschiedenen Wünsche erfüllt und gesetzliche Maßnahmen durchgeführt werden könnten. Das trifft ja zuweilen zu, wenn eine Ungerechtigkeit offen zu Tage tritt, Wünsche als berechtigt auch von der Mehrheit des Reichstags, sowie vom Bundesrat anerkannt werden oder die Schaffung eines Gesetzes sich als dringend erweist. Die Rede eines Abgeordneten findet zwar ein weites Gehörfeld; sie dient vielfach zur Unterrichtung des Reichstags, der Propaganda für

eine Sache, zur Orientierung weiterer Kreise, zur Vorbereitung oder Begründung eines Antrags oder Gesetzesentwurfs. Bleibt der Abgeordnete allein, werden seine Ansichten nicht geteilt und von der Mehrheit des Reichstags nicht übernommen, so ist sein Wirken zunächst umsonst. Es gehört oft ein großes rednerisches und taktisches Geschick dazu, eine Mehrheit für eine Forderung zu interessieren und zu gewinnen. Bei der Mehrheit der Parteien und den recht verschiedenen Ansichten, namentlich in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen ist das erklärlich. Manchmal führt die do ut os-Latik zum Erfolg; die eine Richtung oder Partei nimmt einem Vorschlag oder Antrag zu, andererseits für den eigenen Wunsch oder Vorschlag Unterstützung zu erhalten. Erst die

Beschlüsse des Reichstags.

die Willensmeinung einer Mehrheit, sind ein Faktum, über das der Bundesrat nicht so leicht hinweggehen kann. Nach den Bestimmungen der Verfassung ist der Bundesrat ja in der Lage, über Beschlüsse des Reichstags hinwegzugehen, wie der Reichstag seinerseits auch Vorlagen des Bundesrats ablehnen kann. In der letzten Session sind nun als gemeinsame Willensäußerungen in sozialer Hinsicht eine Anzahl Resolutionen angenommen worden. Beim Etat des Reichskanzlers wurde verlangt: Vorlage eines Gesetzesentwurfs zum Schutze des Waalgeheimnisses gegen amtliche und private Nachforschungen über die Ausübung eines auf Gesetz beruhenden geheimen Wahlrechts. Am 19. Mai wurde eine weitere Resolution gefaßt, in der die verbündeten Regierungen ersucht werden, Gesetzesentwürfe vorzulegen, welche bezwecken: 1. den Schutz und den weiteren Ausbau des Koalitionsrechts, und Strafen für jene, welche den Gebrauch des Koalitionsrechts durch irgend welche Maßnahmen verhindern wollen; 2. die Sicherung und weitere Ausgestaltung der Tarifverträge; 3. eine auf freihheitlicher Grundlage aufgebaute Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine. Die Errichtung einer Zentralkasse zur Förderung der Tarifverträge und Ausbau dieser Stelle zu einem Reichseinigungsamt wurde ebenfalls mit einer großen Mehrheit in der Resolution verlangt. In der angenommenen Resolution Nr. 1083 wird der Reichskanzler ersucht, im Interesse des Schutzes der Heimarbeiter auf eine beschleunigte Durchführung des Hausarbeitsgesetzes hinzuwirken. In einem weiteren Gesetzesentwurf, den der Reichstag verlangt, sollen die Bestimmungen über die Unpfändbarkeit des Arbeitslohnes für Angestellte und Arbeiter über die bisherige Grenze hinaus erweitert werden.

Beim Etat für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung wurde eine, auch die übrigen Ressorts angehende Resolution angenommen, in der der Reichskanzler ersucht wird, in den einzelnen Verwaltungen, insbesondere bei der Reichsmarine, der Reichspost und der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen, darauf zu bringen, daß Beamten- und Angestelltenausschüsse errichtet werden. In einer von allen bürgerlichen Parteien unterzeichneten und angenommenen Resolution wird die Aufstellung einheitlicher Grundzüge für die Arbeits- und Rechtsverhältnisse des Krankenpflegepersonals verlangt. Ueber die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in der Groß-Eisenindustrie sollen durch das Reichsgesundheitsamt Erhebungen angestellt werden. Nach einer weiteren Resolution ist die Arbeitszeit, insbesondere die Sonntags- und Nachtritte in der Binnenschifffahrt und Flößererei zu regeln. Die Nacharbeit für Jugendliche unter 18 Jahren soll verboten werden. Weiter wurde der Reichskanzler ersucht, eine Denkschrift über das Arbeits- und Rechtsverhältnis der außerhalb des Beamtenverhältnisses in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen vorzulegen.

Mehrere Resolutionen, die beim Reichsamt des Innern angenommen wurden, haben Bezug auf die Reichsversicherung-Ordnung. Diese soll dahin geändert werden, daß hinter dem Paragraph 572 ein neuer Paragraph eingeschaltet wird: Ist die Rente ganz oder teilweise nach dem Arbeitslohn berechnet, so tritt mit der Erhöhung des Arbeitslohns auch eine entsprechende Erhöhung der Rente ein. Eine Denkschrift soll zur Darstellung bringen, wie sich die Grundzüge und die Durchführung des Heilverfahrens bewährt haben.

Nicht unerwähnt darf bleiben die Resolution auf freihheitliche Ausgestaltung des Reichsvereinsgesetzes: das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen soll beseitigt werden; ebenso der Sprachenparagraph. Das Recht der Polizeibehörden, Beauftragte in öffentliche Versammlungen zu entsenden, soll in einschränkendem Sinne klargestellt, sowie die Ausübung des Versammlungsrechts über die Polizeistunde hinaus gesichert werden. Eine Resolution, welche verlangte, daß Streikposten nicht geduldet werden, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen eine Resolution angenommen, welche eine Zusammenstellung über die Wünsche des Koalitionsrechts in einer Denkschrift forderte. Hierbei war in erster Linie an Vorkommnisse in der Arbeiterbewegung gedacht, weshalb unsere Kollegen, um ein Gegengewicht zu schaffen, beantragten, daß auch Auswüchse in gesellschaftlichen und politischen Leben, die bei anderen Ständen vorkommen, mit in die Denkschrift aufgenommen werden. Auch dieser Antrag fand Annahme.

Weitere Willensäußerungen befandete der Reichstag bei der Vorbescheidung von Petitionen, die je nachdem zur Berücksichtigung, Erwägung oder als Material dem Herrn Reichskanzler hinübergegeben wurden.

Eine Unmenge sozialer und wirtschaftspolitischer Fragen ist durch Reden der Abgeordneten, Anträge der Parteien und Beschlüsse des Reichstags berührt und ihre Lösung gefordert worden. Der Erfolg steht dahin. Die Regierungsvertreter üben Zurückhaltung und nehmen in vielen Fällen zu den Forderungen überhaupt keine Stellung. Der Bundesrat wird sich mit den Beschlüssen des Reichstags noch zu befassen haben. Seine Entscheidungen über die Resolutionen und Anträge werden dann dem Reichstag mitgeteilt. Einige

Zusagen der Regierung

können heute schon registriert werden. Zur Untersuchung der Verhältnisse auf dem Gebiete des städtischen Immobilienkredits ist die Einberufung einer Sachverständigenkommission in Aussicht genommen. Werden Mißstände auf diesem Gebiete festgestellt, so kommt das dem Wohnungsbau zugute. Zur Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen soll ein Gesetzesentwurf an den Reichstag gebracht werden. Ein weiterer Gesetzesentwurf soll den Handel mit Schusswaffen regeln. Ueber die Beziehungen des englisch-amerikanischen Tabakruß zur deutschen Zigarettenindustrie sind Untersuchungen eingeleitet. Das Resultat derselben gibt vielleicht Anlaß zu gesetzgeberischen Maßnahmen. Zur Regelung des Theaterwesens ist ein Gesetzesentwurf bereits ausgearbeitet. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung ist hinsichtlich der ausländischen Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen eine volle Auszahlung der Invaliden- bzw. Hinterbliebenen-Rente in Aussicht

genommen. Der Anspruch der Hinterbliebenen eines verstorbenen Ausländers, die außerhalb der deutschen Grenze wohnen, wird nach der RVO. nicht voll ausgezahlt. Nach § 1286 kann der Bundesrat für ausländische Grenzgebiete oder für Angehörige aller Staaten, deren Gesetzgebung eine entsprechende Fürsorge gewährleistet, diese beschränkende Bestimmung aufheben. Ein diesbezüglicher Beschluß des Bundesrats ist in die Wege geleitet.

Bei Beratung der einzelnen Etats sind von den Vertretern der Regierung oder der betreffenden Verwaltung dann noch einige Zusagen gemacht worden, die sich auf Wünsche und Petitionen des unterstellten Personals beziehen. Darauf näher einzugehen, ist an dieser Stelle nicht möglich.

SP.

Aus unserer Industrie.

Koalitionszwang in Unternehmervereinigungen.

Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser schreibt dem „Berliner Tageblatt“: „Die Bestrebungen, durch einen lückenlosen Zusammenschluß in der Herrenwäschewirtschaft, den Detailisten den Willen der Fabrikanten aufzuzwingen, werden mit außerordentlicher Energie durchgeführt. Die Mittel für diesen Zweck sind jedoch derartig, daß sie nicht nur die Fachkreise, sondern auch die breite Öffentlichkeit interessieren, denn diese ist es, die letzten Endes die Bege zu bezahlen hat. Es ist dem „Verbande Deutscher Herrenwäschefabrikanten“ inzwischen gelungen, die Buntdruckereien und Großfilzen zu veranlassen, für die noch außenstehenden Fabrikanten der Herrenwäschewirtschaft einen Strafprierausschlag von 20% auf Buntdruck einzuführen. Es wird auch bereits damit gedroht, für weiße Stoffe einen Strafprierausschlag von 30% festzusetzen. Sind das noch legale Mittel und werden diese Anstrengungen nur gemacht, um, wie die Konvention erklärt, durch Einführung einheitlicher Verkaufs- und Lieferungsbedingungen Ordnung in der Branche zu schaffen? Welches Interesse haben Buntdruckereien und Großfilzen, die Außenleiter in den Verband zu jagen und Detailleure und Konsum zu schädigen? Welche Vorteile hat ihnen der „Verband Deutscher Herrenwäschefabrikanten“ für diese Zwangsmaßnahmen in Aussicht gestellt? Diejenigen Herrenwäschefabrikanten, die in den Absichten der Konvention eine Gefährdung ihrer Existenz erblicken und jetzt bereits durch den Strafprierausschlag schwer geschädigt werden, haben zunächst eine „Freie Vereinigung“ gegründet um ihre Interessen gegenüber dem Verbande und den Buntdruckereien gemeinsam wahrzunehmen. Mit Recht befürchten diese Außenleiter, daß die im Statut des „Verbandes Deutscher Herrenwäschefabrikanten“ festgelegte „Bekämpfung von Mißbräuchen, die sich in der Branche herausgestellt haben“, die Handhabe für alle möglichen und unmöglichen Zwangsmaßnahmen bieten kann, wie Mindestkalkulation, Prierausschläge, Treuerabatt usw., Maßnahmen, die gerade die kleineren Betriebe, die mit verhältnismäßig geringen Spejen arbeiten, stark zu belasten und konkurrenzunfähig zu machen geeignet sind.

Der Geschäftsgang in den Spinnereien und Webereien des Münsterlandes

wird im Konfektionär unterm 10. Juli wie folgt geschildert:

Die vor vier Wochen eingetretene Flaute an den amerikanischen Baumwollmärkten hat den Spinnereien, besonders in Throstle-Garnen, größere Aufträge zugesührt, so daß die Betriebe für die nächsten Monate gut beschäftigt sind.

Inzwischen hat der lebhafteste Handel im Garngeschäft infolge der günstigeren Baumwollberichte nachgelassen, da man später billiger ankommen glaubt. Die Verbraucher von Fanch- und Smitat-Garnen wurden durch die allgemeine Aufwärtsbewegung veranlaßt, ihren Bedarf für die nächsten Monate ebenfalls abzuschließen. Die kürzliche Erhöhung der Preise für ostindische Baumwolle und für Baumwollabfälle trug zur Steigerung des Geschäftes wesentlich bei.

Die Preise für Flach- und Towgarne verfolgen schon lange eine steigende Richtung, der Konsum hierin ist stark, so daß sich für die nächsten Monate die Preise auf dieser Höhe halten werden. Leinengarne in großen Nummern sind sehr begehrt, für Towgarne ist die Nachfrage noch stärker, der flotte Abbruch läßt keine Lager anwachsen.

Die Baumwollwebereien des Münsterlandes, speziell für geraubte Biber, Flanelle und Velours, sind mittelmäßig beschäftigt, für sie beginnt bald die Lieferzeit der Herbstordere und, je nachdem die Saison für diese Artikel einsetzt, kann man auf Nachordere bestimmt rechnen.

Die Kesselwebereien haben für mehrere Monate noch gute Beschäftigung; es sind infolge der festen Baumwollmärkte größere Ordere für baldige Lieferung eingegangen.

Die Webereien für Inletts und Matrasenstoffe haben jetzt stille Zeit, der momentane Abbruch läßt noch und neue Ordere werden infolge der hohen Garnpreise vorläufig nicht erteilt.

In den Zeugdruckereien und Färbereien von Baumwollgeweben, ist in den letzten vier Wochen wenig Änderung eingetreten; die Beschäftigung in den für Herbst und Winter zu gebrauchenden Artikeln ist momentan gut.

Die Purpurfärbung im Altertum.

(Nachdruck verboten.)

Aus dem Zeitalter der Antike sind uns über die Farbkunst nur spärliche Berichte überliefert. Wir sehen jedoch, daß der Purpur wegen der Schönheit und Echtheit seiner Färbungen eine hervorragende Rolle spielte. Die Erzeuger des Purpurs sind bekanntlich zwei Schnecken-

arten: Murex und Purpura. Obwohl mehrere Schneckenarten einen roten Saft liefern, kommen nur diese beiden in Betracht. Diese Schnecken sondern in einer Drüse, die in der Decke der Atemhöhle neben dem Mastdarm liegt, einen gelblichen Schleim ab, der im Sonnenlichte grün, dann blau, endlich purpurn und scharlachrot wird und dabei einen unangenehmen längere Zeit anhaltenden Geruch erzeugt.

Die mit Netzen gefangenen Tiere wurden aus dem Gehäuse genommen, in einer Salzlösung erkört und nachdem die zusammengeschrumpften Tiere aus der Brühe entfernt waren, tauchte man die zu färbende Wolle ein und trocknete an der Sonne, wobei sich der Farbstoff entwickelte. Der Saft der Tiere verhält sich also ganz ähnlich wie eine Indigoölse.

Die Phöniker waren Jahrhunderte im Alleinbesitz der Purpurfabrikation, aber zu Cäsar und Augustus Zeiten wurde die Verbreitung so allgemein, daß der Gebrauch ebenso wie der anderer Luxusartikel durch Verbote beschränkt werden mußte. Die römischen Kaiser verpflanzten die Purpurfabrikation auch nach Italien und monopolisierten sie.

Im byzantinischen Reich wurde der Purpur von neuem Abzeichen der Majestät und seiner nächsten Umgebung. Wichtige kaiserliche Dekrete wurden mit Purpurtinte geschrieben und noch im 15. Jahrhundert werden Purpurhüte und Purpurschleppen erwähnt. Auch die Scharlachgewänder der Kardineale von Paul II. erinnern noch an die alte Sitte. Die Eingeborenen Zentralamerikas färben seit alter Zeit und noch heute Baumwollgewebe mit dem Saft der Purpura-Schnecke. Den Alten war natürlich genau bekannt, daß sich dieser Farbstoff nur im Sonnenlichte, nicht aber im Dunkeln entwickelte.

Purpurgefärbte Stoffe waren sehr kostbar und zu Römischer Zeiten galt ein Kilogramm mit Purpur gefärbter Wolle über 1000 Mark. Dies erklärt sich daraus, daß die Tiere den Farbstoff nur in winzigen Mengen lieferten. In der Wirksamkeit der Völkermigration ging die Kunst der Purpurfärbung mit vielen anderen unter. Erst mit dem Emporkommen der künstlichen Farbstoffe wandten die Chemiker ihr Interesse dem antiken Purpur wieder zu. Nachdem Professor Friedländer auf die Ähnlichkeit mit dem Indigo, auf welchem Gebiete er seit Jahren erfolgreich tätig war, hingewiesen hatte, gelang es dann mit Unterstützung der Wiener Akademie der Wissenschaft, das Rätsel des „königlichen Farbstoffes“ zu lösen.

Zur Beschaffung des erforderlichen Schneckenmaterials setzte sich Professor Friedländer mit verschiedenen biologischen Stationen, besonders der französischen und deutschen Mittelmeerstation in Verbindung. Dort wurden die Schnecken gefangen, sezirt und der in einem weiblichen Gehäuse an der Schale befindliche Saft ausgekocht. 12000 Schnecken sollen bei der Bereitung etwa — anderthalb Gramm Farbstoff ergeben haben. Der von den einzelnen Schneckenarten gelieferte Farbstoff verhält sich übrigens durchaus verschieden, während z. B. „Murex brandaris“ nur einen violetten Farbstoff gibt, scheidet sich aus dem Sekret von „Murex trunculus“ und der in der Nordsee lebenden „Purpura lapillus“ außerdem noch ein blauer ab. Hieraus erklärt sich auch, daß die Alten mit Purpur keine bestimmte Farbnuance bezeichneten, sondern dieses Wort als Sammelnamen für verschiedene Purpurarten benützten. Wie weit sich die damaligen Nuancen von dem, was wir heute mit Purpur bezeichnen, unterschieden haben, läßt sich nicht feststellen. Das von uns mit Purpur bezeichnete leuchtende Hochrot ähnelt auch nur dem, was der Engländer mit „purple“ bezeichnet und ins Blauschichtige Violett übergeht.

Bei seinen umfassenden, sorgfältigen Untersuchungen hat Friedländer in dem von „Murex brandaris“ stammenden Farbstoff Brom entdeckt und somit in einem lebenden Körper zum erstenmale eine bromhaltige Substanz nachgewiesen. Das Brom wird im Lebensprozeß von der Schnecke im Meerwasser aufgenommen. Es ist aber auch gelungen, die Natur des merkwürdigen Farbstoffes noch weiter aufzuklären und ihn als Dibromindigo anzusprechen, eine physiologisch nicht zu unterschätzende Entdeckung. Dieser Dibromindigo konnte dann nach an sich bekannten Methoden auch künstlich dargestellt und mit dem Naturprodukt identifiziert werden. Durch direktes Studium an der Fangstelle hofft Friedländer über die noch unbekannte Muttersubstanz des Schneckensekrets, aus der durch Belichtung Purpur entsteht, Aufschluß zu gewinnen.

cm.

Aus dem Verbandsgebiete.

Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung.

Wenn ich mich an der Aussprache in unserem Verbandsorgan beteilige, dann hat das seinen Grund in den Verhältnissen, die mit der Delegiertenwahl zur Verbandsgeneralversammlung zusammenhängen. Ich weiß, wie sehr die Kolleginnen in unserem Bezirk sich in der Agitation schon abgemüht haben. Als überzeugte Gewerkschaftlerinnen weisen sie jederzeit die Angriffe anderer Organisierter auf unseren Verband zurück. Diejenigen, die im Ortsgruppenvorstand oder in der Agitationskommission sind, erfüllen auch da ihre Pflicht, wenngleich sie sich dann ein andermal in ihren häuslichen Arbeiten mehr beeilen müssen. Nun meine ich, eine solche opferfreudige Mitarbeit von vielen Kolleginnen könnte durch die Delegation einer Kollegin zur Verbandsgeneralversammlung auch anerkannt werden. Das wäre ja nicht nur eine Anerkennung für die vielen Mitarbeiterinnen, sondern zugleich eine Anregung für die fernere Agitation. In der einen weiblichen Delegierten eines Bezirks hätten sich die übrigen Kolleginnen alle geehrt gefühlt. Und nicht nur das, sie hätten auch erwartet, daß die Delegierten mit reichen Kenntnissen in den Kreis ihrer Mitarbeiterinnen zurückgekehrt wäre. Auf der Verbandsgeneralversammlung werden ja so

wichtige Dinge behandelt, daß dort die Kolleginnen unbedingt mitraten und mitarbeiten müssen.

Aber wie kommen denn die Vorschläge für die Delegierten zustande? Weil unsere Ortsgruppe nicht so groß ist, um eine eigenen Delegierten zu stellen, darum gehören noch zwei andere Ortsgruppen zu unserem Wahlbezirk. Nun kommen die Vorkände der drei Gruppen zusammen und beraten gemeinsam über die Vorschläge für einen Delegierten und dessen Ersatzperson.

Bei der ganzen Art und Weise, wie die Wahlbezirk eingeteilt sind und die Vorschläge gemacht werden, haben alle die Kolleginnen herzlich wenig mitzubestimmen.

Gewiß haben nun ja alle Mitglieder das Recht, statt der Vorgesetzten (Delegierten und Ersatzperson) andere Namen auf den Wahlsettel zu setzen. Aber es hat doch wenig Zweck, wenn die Kolleginnen für ihregleichen eintreten wollten, wenn keine Verständigung herbeigeführt wurde wegen einer weiblichen Delegierten.

So möchte ich zum Schluß fragen: Läßt sich denn kein anderer Weg finden, um auch die Kolleginnen bei den Wahlvorschlägen mehr zu berücksichtigen? Es müßte doch möglich sein, eine Bestimmung zu finden, nach welcher für die einzelnen Verbandsbezirke die Wahl einer Kollegin voraussehen wird. Dann wäre in Zukunft die berechtigste Unzufriedenheit über die jetzige Regelung ausgeräumt.

Elisabeth Blum, St.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Blaisbach.

Billige Forderungen. Im Juni 1912 wurde in unserem Verbandsorgan von einem wilden Streik in Blaisbach (Allgäu) berichtet. Die Organisationsnähme sich damals der Bewegung an, und es wurde für die Webereiarbeiter eine 5%ige Lohnerhöhung, somit Anerkennung eines eigenen Arbeiterausschusses erreicht.

Man könnte nun der Ansicht sein, daß der damalige Kampf für die Diktation eine Warnung gewesen wäre und sie es jetzt, nachdem sich die Arbeiter zahlreich den Organisationsnähme angeschlossen haben, verhindern würden, daß in ihrem Betrieb die krassesten Mißstände vorherrschen.

Aber dem ist nicht so. Anstatt daß die Arbeiter nachdem vor zwei Jahren der Lohn um 5% erhöht worden ist, jetzt mehr verdienen, muß gerade das Gegenteil konstatiert werden. Hauptächlich war es schlechtes Material, wodurch die Verdienstmöglichkeit herabgedrückt wurde. Auch in anderer Hinsicht, bezüglich der Behandlung, der Strafen, der Überstunden usw. ließen die Verhältnisse sehr viel zu wünschen übrig, soviel, daß in der letzten Zeit eine allgemeine Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft entstand. Die Organisierten traten nun an ihre Verbandsleitungen heran, damit durch die Verbände etwas geschehe.

Für sämtliche Abteilungen wurden darauf Abteilungsversammlungen einberufen, wo die Arbeiter ihre Wünsche und Beschwerden vorbringen konnten. Es geschah dies aber auch in ausreichendem Maße, und die Aussprache zeigte wieder so recht, daß nicht die Gewerkschaftsführer die Leute aufheben und unzufrieden machen, sondern daß der Herd, in dem die Unzufriedenheit angefaßt und geschürt wird, die Betriebe selber sind. Raum zu glauben ist es, was man sich mit den Arbeitern alles erlaubt. Es würde zu weit führen, alle die Einzelheiten, die am Tageslicht befördert wurden, anzuführen. In einer sehr gut besuchten Betriebsversammlung wurde der Arbeiterschaft von Herrn Deffner, Beamter des „deutschen“ Verbandes, eine Eingabe an die Direktion vorgelegt, in der folgendes verlangt wurde:

1. Sofortige Neuwahl des Arbeiterausschusses.
2. Möglichste Befestigung der Überstunden. Wenn solche notwendig sein sollten, angemessene Bezahlung derselben.
3. Bessere Behandlung.
4. Besseres Material.
5. Abschaffung eines Lohntarifs in allen Abteilungen.
6. Einschränkung der Strafen.
7. Lohnerrhöhung in den einzelnen Abteilungen je nach bisherigem Verdienst.

Die in der Eingabe spezifizierten verschiedenen Forderungen wurden von der Versammlung einstimmig angenommen und der Arbeiterausschuss beauftragt, die Eingabe der Direktion zu übergeben. Ueber den weiteren Verlauf der Bewegung wird noch berichtet werden.

Mit Recht sagte Bezirksleiter Kollege Geier auf der allgemeinen Betriebsversammlung, die vielen bestehenden Mißstände hätten ihre Ursache darin, weil früher die Organisation wegen dem vorherrschenden Indifferenzismus gar nichts zugunsten der Arbeiter unternehmen konnte. Nur dadurch wurde es möglich, daß in dem Betriebe solche Mißstände einweisen konnten. Und nur durch zähe Arbeit in der Organisation konnten die Arbeiter diese Dinge nach und nach abschaffen, und deshalb sei treues Zusammenhalten im allgemeinen und in der jetzt so ernsten Zeit insbesondere dringend notwendig. M. S.

30 000 Textilarbeiter die Aussperrung angekündigt!

Bereits in voriger Nummer unseres Organs teilten wir mit, daß die Walkereiarbeiter von Forst i. S. sich in einer Lohnbewegung befinden, die zu einem Streik führte. Die ersten Walker, welche durchweg den jetzt geforderten Lohn bereits hatten, beteiligten sich bis jetzt nicht an dem Streik, sondern arbeiten auf Wunsch der beteiligten Verbände ruhig weiter. Am 3. Juli fand wieder eine Verhandlung zwischen der Lohnkommission der Walker und dem Vorstande des hiesigen Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie statt. In dieser Verhandlung nahm auch der Arbeitsausschuss des Arbeitgeberverbandes der sautiger Tuchindustrie teil. Ueber diese Verhandlung berichtet das „Forster Tageblatt“ folgendes:

„Die Lohnkommission trug nochmals ihre Wünsche vor. Insbesondere wurde behauptet, daß die Leistung der in der Walle beschäftigten Personen — seien es Gesellen oder Arbeiter — die gleiche sei, infolgedessen auch der Verdienst ein gleichmäßig hoher sein müsse.

In dieser prinzipiellen Frage steht der Forster Arbeitgeberverband auf dem entgegengesetzten Standpunkte und ist der Ansicht, daß die Leistungen der Arbeiter, nicht nur in der Walle, sondern überhaupt, naturgemäß je nach Veranlagung immer grundverschieden sein werden und es daher nur gerecht sei, wenn der, der viel leistet, höher bezahlt werde als der, der wenig leistet.

Die Löhne der hiesigen Wallearbeiter seien erwiesenermaßen höher als an den anderen Plätzen der Gausitz und höher, als die Kommission annehme. Außerdem habe der hiesige Arbeitgeberverband schon nach der ersten Verhandlung veranlaßt, daß in den Fällen, wo niedrigere Verdienste als 19 M. pro Woche noch vorhanden waren, die Löhne der betr. Arbeiter entsprechend aufgebessert werden. Weitere Zugeständnisse zu machen, sei unmöglich.

Der Arbeitsausschuß des Gausitzer Verbandes schloß sich dem Standpunkte des Forster Arbeitgeberverbandes nach jeder Richtung hin an und lehnte ebenfalls eine Gleichstellung der Löhne entschieden ab. Er könne gerechterweise den Forster Arbeitgebern weitere Zugeständnisse nicht zumuten und habe die Pflicht, die Lohnkommission allen Ernstes auf die schwerwiegenden Konsequenzen aufmerksam zu machen, die ein weiteres Verharren auf den gestellten Forderungen nach sich ziehen müßte.

Die Lohnkommission erklärte sich bereit, den Inhalt der Verhandlung und die Beweggründe der Arbeitgeber ihren Kollegen zu unterbreiten und dahin zu wirken, daß die Angelegenheit auf friedlichem Wege beigelegt wird.

Die Lohnkommission der Walle berichtete in einem am Montag stattgefundenen Zusammentritt der Walle über die Verhandlungen. Da jedoch von den Wallebesitzern verlangt wurde, die Arbeiter sollten bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen, beschloßen diese einmütig, im Auslande zu verharren, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Nachdem der ablehnende Beschluß der Walle dem Fabrikantenverbande mitgeteilt worden war, hat er auf den 9. Juli eine Generalversammlung nach Kottbus einberufen, um über weitere Maßnahmen zu beraten.

Die Bewegung wird vom „deutschen“ Textilarbeiterverbande und dem Gewerksverein Hirsch-Dwinder geleitet. Unseren Verband hat man dabei ausgeschaltet. Wir wollen jedoch hoffen, daß es den beiden Verbänden gelingen wird, bei der Einigkeit, mit der die streikenden Walle dastehen, die Bewegung mit vollem Erfolg für die Ausständigen zu beenden und die Forster Arbeiterschaft vor weiteren Mißerfolgen zu bewahren.

Was unsere Kollegen anbetrifft, so werden dieselben Schulter an Schulter mit ihren Arbeitskollegen kämpfen, damit auch hier einmal bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Nachträglich berichtet die Tagespresse: Am 10. Juli ist es zu einem folgenschweren Beschluß des Arbeitgeberverbandes der Gausitzer Tuchindustrie gekommen. 30000 Arbeiter und Arbeiterinnen werden bis auf weiteres von Sonnabend, den 18. Juli, ab ausgesperrt, falls nicht insofern die streikenden die Arbeit zu den alten Bedingungen aufnehmen. Der Arbeitgeberverband schlägt heute eine längere Kundgebung in den Fabriken an, in der es u. a. heißt:

„In Fort sind von den in den Wallebetrieben beschäftigten Gesellen und Arbeitern Forderungen auf allgemeine erhebliche Lohnerhöhungen, auf eine Gleichstellung der Löhne und auf Festsetzung von Mindestlöhnen gestellt worden. Nach eingehender Prüfung hat der Arbeitgeberverband bei den ersten Verhandlungen die Zusage gemacht, daß diejenigen Arbeitgeber, welche etwa zur Zeit niedrigere Löhne als die ortsüblichen zahlen, diese entsprechend aufbessern. Weitergehende Forderungen müßten aus prinzipiellen Gründen und mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der Löhne abgelehnt werden. Nach während der Verhandlungen hat ein Teil der Wallearbeiter am 1. Juli die Arbeit niedergelegt. Der Arbeitgeberverband der Tuchindustrie der Städte Forst, Kottbus, Spremberg, Guben, Ludekwalde, Sommerfeld und Finsterwalde hat daher in seiner gestrigen abgehaltenen Sitzung beschlossen, Sonnabend den 11. Juli ihren sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen für Sonnabend, den 18. Juli zu kündigen, beziehungsweise bekanntzugeben, daß die Betriebe am Sonnabend, den 18. Juli geschlossen werden, falls nicht bis dahin die im Streik befindlichen Wallearbeiter und Gesellen sofort in sämtlichen Betrieben die Arbeit zu den bisherigen Bedingungen wieder aufgenommen haben.“

Die bei den Beratungen anwesenden Vertreter des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Berlin, sicherten dem Gausitzer Verbande den vollen organisatorischen und finanziellen Schutz in dem Kampfe zu.

M.-Gladbach.

Die Weber der Firma Melbe u. Herfs haben die Kündigung eingereicht. Mehrere Versuche seitens des Arbeitsausschusses und der Verbandsvertreter, mit der

Firma über die Differenzpunkte zu verhandeln, scheiterten an dem ablehnenden Willen der Firma. Sie hatte für eine Verhandlung niemals Zeit. Es blieb daher den Webern kein anderer Ausweg, als die Kündigung einzureichen, falls sie ihre Wünsche nicht fallen lassen wollten. Hoffentlich wird die Firma während der Kündigungsfrist Zeit zum Verhandeln finden und dann eine friedliche Erledigung der Differenzen erreicht werden.

Aus unseren Bezirken.

Arbeitertag und Sommerfest der christlich-nationalen Arbeiterschaft des Altstaes.

Der am 29. Juni in Reichenbach abgehaltene Arbeitertag, verbunden mit Sommerfest, hatte sich des schönsten Wetters zu erfreuen. Anfangs schien es, als ob das Fest durch die überall im Gang befindliche Heuernte, an der auch viele unserer Kollegen und Kolleginnen beteiligt waren, ungünstig beeinflusst werden sollte. Doch füllte sich der geräumige Garten des Gasthofes „Zur Krone“ allmählich an, und mit einerhalbstündiger Verspätung nahm die Veranstaltung ihren Anfang.

Als Gäste waren anwesend die Herren Landtagsabgeordneter Schöpfl-Sangensteinbach, Bürgermeister Lehre-Reichenbach und Gemeinderäte, der zweite Verbandsvorsitzende Fischer-Düsseldorf sowie die Sekretäre Kiefer-Säckingen und Kümmele-Freiburg. Den musikalischen Teil hatte die Musikkapelle von Reichenbach übernommen. Nach dem Eröffnungsmarsch trug eine Kollegin von Reichenbach den vom Arbeitersekretär Kollegen Kümmele-Freiburg verfassten Prolog vor. Kollege Kiefer-Säckingen hielt dann die Begrüßungsansprache und erwähnte dabei kurz den Zweck der Veranstaltung. Nach ihm hielt Herr Landtagsabgeordneter Schöpfl eine kurze Ansprache an die Versammlung, worin er betonte, daß er von jeher ein warmer Freund unserer Sache gewesen sei und auch in Zukunft, soweit es in seinen Kräften stehe, der Altstater Arbeiterschaft seine Unterstützung angedeihen lassen wolle.

Als erster Redner behandelte dann Kollege Fischer-Düsseldorf das Thema: „Die neueren Strömungen gegen Sozialpolitik und Arbeiterbewegung“. Er führte aus: Gegen die Bestrebungen der Arbeiterschaft, auch auf gesetzgeberischem Wege für die Verbesserung ihrer Lage zu sorgen, wird von vielen Seiten ganz energisch angeknüpft. Gerade vom organisierten Unternehmertum geht diese Bekämpfung aus. Es wird behauptet, durch die sozialen Gesetze werde bei der Arbeiterschaft das Simulantentum großgezogen und begünstigt. Die soziale Gesetzgebung wirke schädigend und hemmend auf die wirtschaftliche Entwicklung ein. Redner wies diesen Vorwurf an Hand von Zahlen und Beispielen zurück und zeigte, wie große Wohltaten dem Arbeiterstande seit Beginn der Sozialgesetzgebung schon zugekommen seien und wie auch das Unternehmertum seine Vorteile davon gehabt hat. Der Arbeitgeber wisse sich aber auch sonst schadlos zu halten für die Aufwendungen, die ihm durch die Sozialgesetzgebung auferlegt sind. Mit dem Hinweis darauf, daß die gegenwärtige Zeit mit ihren arbeiterschädigenden Strömungen für uns eine sehr ernste ist und daß nur die Organisationen der Arbeiterschaft ersuche der Redner die Anwesenden, auch ihrerseits dahin zu wirken, daß unsere Organisation immer mehr gestärkt wird, um auch tatkräftig in den Kampf gegen die Feinde einer vernünftigen Fortführung der Sozialpolitik mitwirken zu können.

In der Diskussion sprach Kollege Kiefer-Säckingen über das Koalitionsrecht. Er wies darauf hin, daß man auch hier allenthalben versuche, die Rechte der Arbeiter zu beschränken. Auch die Politikserklärung der Gewerkschaften müsse aufmerksam verfolgt werden. Dieser Vorstoß kann dazu führen, daß man auch andern Gewerkschaften Hindernisse in den Weg zu legen versucht.

Die Schlußansprache hielt Kollege Oskar Kümmele-Freiburg, als alter Bekannter vom Altstater freudig begrüßt. Unvergesslich werden den Kollegen und Kolleginnen die von ihm angeführten lehrreichen Beispiele bleiben. Wird die richtige Nutzenanwendung daraus gezogen, so kann es nur zum Vorteile und Nutzen der Altstater Arbeiterschaft sein. Mit dem Bundeslied der christlichen Gewerkschaften fand der offizielle Teil der Veranstaltung seinen Abschluß. Der gemütliche Teil hielt die Kollegen und Kolleginnen noch lange beisammen.

Konferenz für die Baumwoll-, Leinen- und Halb-leinenweber des Bezirks Münster.

Für die Weber in der Baumwoll-, Leinen- und Halb-leinenindustrie unseres Bezirkes fand am Sonntag, den 5. Juli, in Münster eine stark besuchte und außerordentlich lehrreich und interessant verlaufene Branchenkonzferenz statt. Vertreter hatten entandt die Ortsgruppen Borgdorf, Emsdetten, Fredenhorst, Greven, Jbbenbüren, Mesum, Metelen, Münster, Neuenkirchen, Osnabrück, Rheine, Sassenberg und Warendorf. Als Vertreter des Zentralvorstandes nahm Kollege Heutmann-Düsseldorf an der Konferenz teil.

Ueber die Lage der auf der Konferenz vertretenen Berufsgruppen sprach der Bezirksleiter, Kollege Camps. In seinem 1 1/2 stündigen Vortrage brachte er eine Fülle von Material zur Beurteilung der Verhältnisse, unter denen die Baumwoll- und Leinenweber im Bezirk Münster arbeiten. Wir werden dieses Referat in einer der nächsten Nummern ausführlich bringen. Kollege Heutmann-Düsseldorf sprach über die Notwendigkeit und Bedeutung der Branchenarbeit und gab Winke dafür, wie den vom Kollegen Camps geschilderten Missständen abgeholfen werden könne.

Die Aussprache war sehr ergiebig. Sie ergänzte die Ausführungen der Referenten recht wirksam. Vor allem

wurde die Frage der Lohnberechnung, der Fehlerstrafen und der Werkwohnungen besprochen. Für jede vertretene Ortsgruppe wurde ein Kollege bestimmt, der sich besonders mit der Frage der Lohnlisten und der Lohnberechnung beschäftigen soll. Damit wurde das Fundament für den zu errichtenden Bau unserer Branchenorganisation gelegt. Die Konferenz hat wertvolle Arbeit für unsere Sache geleistet. Ähnliche Veranstaltungen sollen öfters getroffen werden.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Erzingen. Eine gute Versammlung. Am Freitag, den 3. Juli, hielt die hiesige Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes ihre ordentliche Mitglieder-versammlung ab. Besonders wurde Stellung genommen zur Kandidatenfrage für die Generalversammlung in Freiburg. Es wurden die Kollegen Kiefer-Säckingen und als Stellvertreter Subold-Unterlauchringen vorgeschlagen. Auch wurden zum Verbandstage mehrere Anträge gestellt, die noch an anderer Stelle erörtert werden. Ueber den Gantag in Wehr sprachen sich alle Teilnehmer belobigend aus, wurde uns da doch eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung unserer Lage vorgeführt, welche nun auf ihre Verwirklichung harren. Denn auch in unserem Betriebe sind noch manche Verbesserungen notwendig. Haben wir doch im ganzen Betriebe nicht eine einzige brauchbare Lohnliste. Auch die Löhne der Spuler, Winder und des Tagelohnpersonals bedürfen dringend einer Erhöhung. Auch fehlt bei uns ein Arbeiter-ausschuß, denn der Krankentassenvorstand kann nicht als solcher gelten, wird auch zur Festsetzung der Lohnsätze gar nicht herangezogen. So kam es im letzten Winter vor, daß in der Zettlerei an einem Artikel über 15% abgezogen wurde. Als ein Mißstand schlimmerer Sorte hat sich das Heraus-schieben des Zahltages auf den anderen Tag, welches in letzter Zeit häufig vorgekommen ist, herausgebildet. Zu erwähnen ist auch die Verhängung von Strafen und Abzügen auf Fehler, die infolge der Verarbeitung von schlechtem Material entstehen. Um diesen Mißständen zu begegnen, ist ein Anschluß an unsere Organisation notwendig, darum Textilarbeiter von Erzingen und Umgebung: „Hinein in unseren Verband.“

Cuppen. Gemeinsamer Kohlen- und Brikettbezug. Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die sich an dem dies-jährigen Kohlen- und Brikettbezug beteiligen wollen, bitten wir um frühzeitige Anmeldung. Die Preise stellen sich für prima Hausbrandkohle pro Schefel 88 1/2 Pfg., große Briketts 2,20 M., kleine Briketts 0,75 M. Bestellungen nehmen entgegen: Math. Frisch, Marktplatz 25; J. Förster, Bavenstr. 37; Phil. Falkenberg, Dlengraben 7; Jos. Wittelnd, Haagen 34; Leo Nießen, Montjoierstr. 12; Math. Wöhl, Eschergasse 2; Frz. Bartholemy, Bergstr. 86.

Forst (Gausitz). Ein zeitgemäßer Vortrag wurde in der am 23. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung gehalten. In Anbetracht ihrer Wichtigkeit hätte die Versammlung besser besucht sein können. Unser hauptsächlichstes Bestreben muß sein, die Versammlungen so interessant als möglich zu gestalten. Unsere Mitglieder sollten aber auch das Bestreben des Vorstandes dadurch unterstützen, daß sie möglichst zahlreich an den Versammlungen teilnehmen. Sind doch gerade derartige Zusammenkünfte ganz besonders dazu geeignet, unser Wissen zu bereichern; und jedes Mitglied soll es sich zur Pflicht machen, seine Kenntnisse zu erweitern, denn Wissen bedeutet Macht. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet und die Anwesenden begrüßt hatte, erteilte er dem Kollegen Gustav Purbs das Wort zu seinem Bericht über die am 14. Juni stattgefundenen Tuchweberkonferenz. Redner gab einen ausführlichen Bericht und hob besonders den zahlreichen Besuch und den schönen Verlauf hervor. Eingehend schilderte er die vom Zentralvorstandsmittglied Kollegen Weber aus Nachen gegebene Aufklärung über die dortigen Verhältnisse in den Webereien. Daraus war zu entnehmen, daß die Arbeiterschaft im Westen unter bedeutend besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeite, als dies hier in der Nieder-lausitz der Fall ist. Es wurde festgestellt, daß in der Nieder-lausitz speziell bei Webern noch Durchschnittslöhne von 10, 11, 12 bis 16 M. keine Seltenheiten sind. Besonders Interesse rief die Tatsache hervor, daß man im Westen schon seit mehr als 10 Jahren eine wöchentliche Arbeitszeit von 57 1/2 Stunden hat, oder täglich 9 1/2 Stunden im Durchschnitt gearbeitet wird. Ferner die Tatsache, daß dort in jedem Betriebe Lohnabzügen ausbleiben, wodurch der Weber in die Lage versetzt wird, seinen Lohn an Hand dieser Tabellen selbst berechnen zu können. Dieses kennt man in der Nieder-lausitz überhaupt nicht. Hier wird ein Lohn pro 1000 Schuh gezahlt ohne Rücksicht auf Schafzahl, Fadenzahl, Farbenzahl in Schuh oder Kette, auch ohne Rücksicht auf die Zahl der Schühen. Kollege Fabender erweiterte diese Ausführungen noch, indem er die Kolleginnen sowie die Kollegen aufforderte, nach Möglichkeit dahin zu streben, das zu erreichen, was man in anderen Orten für selbstverständlich ansieht, namentlich dafür einzutreten, daß wir auch in der Niederlausitz spezialisierte Lohnabzügen erhalten, um den Weg zu ebnen für Lohnarbeit und dadurch auch den Kollegen im Westen die Bahn frei zu machen, ihre Lohnverhältnisse wieder aufbessern zu können. Unser Hauptaugenmerk müssen wir darauf richten, daß bei Einführung von Lohnabzügen Rücksicht genommen wird auf Steigerung für Schaf- und Fadenzahl, härtere oder feinere Garne, Unter-, Mittel- oder Füllschuß, Zahl der Schühen und Garnbäume, Fadenzahl in Kette und Schuh, Bezahlung der Nebenarbeiten usw. Bei der Verarbeitung von schlechtem Material soll dem Weber ein seinem früheren Durchschnittslohn wenigstens gleichkommender Tagelohn gewährt werden. Ferner sollen wir immer wieder darauf hinarbeiten, daß die Garne dem Weber an den Stuhl gebracht werden, wodurch viel Zeitverlust erspart wird, was nicht nur dem Arbeiter, sondern auch dem Arbeitgeber große Vorteile bringt. Ebenso müßten wir bestrebt sein, den freien Sonnabendnachmittag zu erreichen. Alles in allem genommen hat diese Versammlung dazu beigetragen, den hiesigen Kolleginnen und Kollegen zu zeigen, wie in Wirklichkeit die Verhältnisse im Westen liegen und was man von den gegenteiligen Behauptungen unserer Gegner zu halten hat.

Hierauf erhielt Kollege Gode das Wort zu seinem Vortrage über „Die Nervosität, ihre Entfaltung und Verhütung.“ Der Vortragende behandelte dieses Thema nach einer wissenschaftlichen Abhandlung und zeigte, wie wir dazu beitragen können, durch eine vernünftige Lebensweise der Zunahme der Nervosität Einhalt zu gebieten. Er empfahl ganz besonders eine viel härtere Benutzung der Tisch- und Luftbäder als dies bisher der Fall gewesen ist. Dem Vortrage folgte allseitiger Beifall. In der Diskussion, die eine lebhaft war, wurde noch auf verschiedene Ursachen aufmerksam gemacht, die mit daran Schuld sind, daß die

Nervosität in der Arbeiterschaft immer weiter um sich greift. Besonders hervorgehoben wurde der schnelle Gang der heutigen Maschinen; daß Arbeiter ohne Rücksicht auf die Komplexität der Ware oft mehrere Maschinen bedienen müssen; die Erschütterungen, denen der Körper tagaus, tagein ausgesetzt ist, ebenso der Lärm, der durch die Maschinen verursacht wird; die scharfe Aufmerksamkeit, die erforderlich ist, um bei oft schlechtgehendem Material eine möglichst fehlerfreie Ware zu liefern. Dies alles wirkt nervenzerrüttend auf den menschlichen Körper ein. Daher ist es auch notwendig, hier in Fort darauf hinzuwirken, daß dem Arbeiter eine fröhliche, und vesperpaufe gewährt wird. Während dieser Pausen müßte allerdings der ganze Betrieb zum Stillstand gebracht werden, damit dem Arbeiter auch Zeit und Gelegenheit geboten würde, mit reinen Händen sein Brot verzehren zu können. Im Anschluß an die Diskussion erwähnte der Vorsitzende die Anwesenheit, das heute Gehörte zu beherzigen und bei Gelegenheit in die Tat umzusetzen. Besonders aber sollen wir mehr wie bisher an die Ausklärung der Organisierten mit arbeiten und dieselben dem christlichen Textilarbeiterverbande zuführen, dann wird auch die Zeit nicht mehr fern sein, wo unser aller Wunsch in Erfüllung gehen kann, der dahin geht, zunächst wenigstens diejenigen Verhältnisse in der Textilindustrie zu bekommen, wie sie im Westen Deutschlands vorhanden sind. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, bei der nächsten Versammlung recht zahlreich zu erscheinen und mit dafür zu sorgen, daß diejenigen, die der heutigen Versammlung ferngeblieben sind, das nächste Mal auch erscheinen; denn durch Interesse an Verbänden, was wir durch starken Versammlungsbesuch bezeugen können, werden wir auch unsern Gegnern imponieren.

Waldbach. Ueber die Behandlung der Arbeiter, besonders in den Spinnereien und Appreturanstalten, gelangt nur selten einmal etwas an die Öffentlichkeit. Es liegt dies hauptsächlich daran, daß die allermeisten Arbeiter in diesen Betrieben leider noch keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören. Erst wenn hier einmal eine Wendung zum Besseren eintritt, werden auch schon bald die schlimmsten Zustände in bezug auf Behandlung der Arbeiter verschwinden.

Als hier im Jahre 1907 in einem großen Textilbetriebe gestreikt wurde, beantworteten die Unternehmer diesen Streik mit der Ausperrung. Gleich nach Aufhebung der Ausperrung durch die Unternehmer machte die Firma Busch & Hoffmann, Baumwollfärberei und Spinneret, durch Anschluß bekannt, daß die Kündigungszeit nicht mehr wie bisher nur 14 Tage, sondern nunmehr 4 Wochen dauere. Der Anschluß am Fabrikeingang war unterzeichnet von der Firma und vom Arbeiterausschuß. Letzterer bestand damals noch nur aus Meistern. Diese hatten die Belegschaft gar nicht gehört über die beabsichtigte Aenderung der Kündigungszeit. Durch das eigenmächtige Vorgehen des Arbeiterausschusses wurde vielen Arbeitern, die mit der durchgeführten Aenderung nicht einverstanden waren, die Augen geöffnet. Gleich bei der nächsten Arbeiterausschusssitzung, beziehungsweise Krankentafelwahl (die Firma erkennt nun den Betriebskrankentafelvorstand als Arbeiterausschuß an) wählten die Arbeiter in den Ausschuss keine Meister mehr, sondern nur Arbeiter. Dem Herrn Obermeister muß dieses allerdings nicht so ganz recht in den Kram gepaßt haben, denn die Arbeiter haben das Gefühl und können es nicht los werden, daß seit der Arbeiterausschussswahl die Arbeiter viel schroffer als wie früher vom Obermeister behandelt werden. Und doch haben die Arbeiter nur von ihrem guten Rechte Gebrauch gemacht. Wer will ihnen denn eigentlich vorwerfen, daß sie in den Arbeiterausschuß nur Leute ihres Vertrauens hineinwählen? Einer der Arbeiterausschussmitglieder hatte nun kürzlich das Unglück, zu erkranken, und er war auf Anordnung seines Arztes gezwungen, sich für einige Monate in eine Heilstätte zu begeben. Als dieser Kollege, der ein durchaus tüchtiger und zuverlässiger Arbeiter ist, (er war schon circa 10 Jahre bei der Firma Busch & Hoffmann beschäftigt) vollständig gesund und neu gekräftigt die Heilstätte verlassen hatte, meldete er sich wieder bei der Firma zur Arbeit an. Hier wurde ihm aber nicht mehr seine frühere Arbeitsstelle, sondern eine andere angewiesen, die für ihn insofern eine schlechtere war, als er in dieser neuen Stellung gegenüber früher wöchentlich 4-5 Mark weniger verdiente. Der Kollege, der aber nicht nur allein für sich, sondern auch für eine Familie zu sorgen hatte und mit einem Höchstlohn von 88-88 Mark in 14 Tagen noch Schulden hätte machen müssen, zog es vor, sich um eine andere Arbeitsstelle umzusehen, die er dann auch fand. Besonders vermerkt zu werden verdient noch, daß die Firma in Bezug auf die Arbeiterlöhne in den heftigen Spinnereien in un-erster Stelle und an der Spitze marschieren will und dabei noch solch niedrige Löhne für Annacher zahlt. Zum Schluß wollen wir dann auch noch darauf hinweisen, daß bei der Firma Busch & Hoffmann die Bedürfnisanstalten viel zu wünschen übrig lassen. Hier wäre es Pflicht des Herrn Obermeisters, einmal nach dem Rechten zu sehen, denn wenn hier etwas mehr auf Reinlichkeit Wert gelegt würde, könnte dieses nur für die Arbeiter in gesundheitlicher Hinsicht von Vorteil sein. Die Arbeiter und Arbeiterinnen von der Firma Busch & Hoffmann müssen aber zu der Erkenntnis kommen, daß sie in ihrem ureigensten Interesse sich bis auf den letzten Mann unserm christlichen Textilarbeiterverbande anschließen müssen. Erst dann wird man ihren berechtigten Wünschen und Forderungen von Seiten der Firma mehr als wie dieses bis jetzt der Fall war, entgegenkommen.

Waldbach-Wenn. Eine recht bedauerliche Erscheinung im Gewerkschaftsleben sind jene Versammlungen, die, wie das leider nur allzu häufig vorkommt, von nur ganz wenigen Mitgliedern besucht werden. Wir hier können darüber schon seit geraumer Zeit mit vollem Rechte Klage führen. Es sind in der Regel nur wenige und auffallenderweise immer ein- und dieselben Mitglieder, die an den Versammlungen unserer Ortsgruppe teilnehmen. Zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit jener Mitglieder, die in unserer Bewegung eine Vertrauensstellung bekleiden, trägt dieser schlechte Versammlungsbesuch ganz gewiß nicht bei. Wir können darum nicht anders, als unsere Mitglieder einmal daran zu erinnern, daß sie auf Grund des § 15 Abs. 2 unserer Verbandsstatuten die Verpflichtung haben, an den Versammlungen teilzunehmen. Die Leitung der Ortsgruppe gibt sich alle erdenkliche Mühe, die Versammlungen interessant und zugleich belehrend für die Mitglieder zu gestalten. Der gute Verlauf der letzten Versammlung hat dieses wieder zur Genüge gezeigt. Nach Eröffnung der Versammlung durch unsern Vorsitzenden, Kollegen Hagen, referierte unser Schriftführer, Kollege Hager, über die Bedeutung der Deutschen Volksversicherung Aktiengesellschaft zu Berlin. Einleitend schilderte er die Ursachen zur Gründung der Versicherungsgesellschaft. Nachdem er die Gemeinnützigkeit der Gesellschaft und den Nutzen und die Vorteile für die Mitglieder bew. für die Versicherten hervorgehoben hatte, forderte der Referent alle auf christlichen

und nationalem Boden stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich versichern können und wollen, auf eine allensalige Versicherung nur mit der Deutschen Volksversicherung abzuschießen. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung fanden auf Grund des § 40 unserer Verbandsstatuten die Delegiertenwahlen zu unserer Bezirkskonferenz statt. Gewählt wurden der Vorsitzende, Kollege Hagen, und die Kollegin Maria Moll. Dann berichtete Kollege Gerh. Müller in überzeugender Weise über die Lehren der letzten Bewegungen im Gladbacher Industriebezirk. An mehreren Stellen zeigte er, wie die Interessen der Arbeiter und der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere durch ein geschicktes Vorgehen der Arbeiterausschüsse gewahrt und auch, wie diese Interessen unter Umständen geschädigt werden können. An Hand von Tatsachen erbrachte er aber auch den Beweis, daß gerade der Gladbacher Bezirk durch den Zentralvorstand bei einer ganzen Anzahl von Lohnbewegungen die weitgehendste Berücksichtigung erfahren habe. Zum letzten Punkte der Tagesordnung wurde vom Vorsitzenden das Ergebnis der Wahlkommissionssitzung bekannt gegeben. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorschlage der Kommission einverstanden. Nach einigen aufmunternden Worten zur weiteren Mitarbeit in unserer christlichen Arbeiterbewegung durch den Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Vörrach. Die Feier des 100jährigen Bestehens ihrer Kranken- und Sterbekasse konnten kürzlich die Drucker und Formstecher der hiesigen Firma Köchlin Baumgartner & Co. begehen. Das „Oberbadische Volksblatt“ in Vörrach berichtet darüber folgendes:

„Eine seltene Feier konnte die Drucker-Krankenkasse der Firma Köchlin Baumgartner & Co. am Sonntag, den 28. Juni, begehen, waren es doch am 30. Mai d. J. 100 Jahre, daß dieselbe von einigen Männern, die das Herz auf dem rechten Fleck hatten, gegründet worden war. Der Wahlpruch, der heute noch der gleiche geblieben ist, war damals: „Unser Scherstein sei dem Kranken, dem Arbeitsunfähigen zur Unterstützung und dem verstorbenen Freunde zur letzten Ehre geweiht.“ Eine soziale Forderung war zu jenen Zeiten noch unbekannt, erst in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts hat der Staat die Aenderung der Not derjenigen Volksklassen, die bei etwaigen Entkrautungskfällen von pekuniären Sorgen nicht verschont bleiben, zu organisieren begonnen. Es ist deshalb den Gründern der Druckerkrankenkasse als ein schönes und edles Werk anzurechnen, daß sie verstanden, die Not der vom Schicksal verfolgten Kollegen etwas zu mildern. Nicht minder soziales Verständnis war bei den Mitgliefern der Kasse vorhanden, die, als die Reichsversicherungsordnung in Kraft trat, ihre Kasse beibehielten und als Zusatzkasse ausbauten. Die Kasse hat allerlei Fahrnisse durchgemacht; mit 38 Mitgliedern wurde sie gegründet und zählte in den 60er Jahren 600 Mitglieder, die Handdruckerzeit stand damals in hoher Blüte, heute sind es noch deren 100. Die Kasse war natürlich mit der Firma K. B. C. eng verknüpft, sie stand damals so gut, daß sie der Firma Geld zu guten Zinsen leihen konnte. Die Revolutionszeit 1848/49 brachte böse Zeiten, es wurde nur bis 4 Uhr gearbeitet, dann ging's zum Sperren; die Lebensmittel waren sehr teuer, kostete doch ein Laib Brot über einen Gulden. Der Chronist berichtet, daß die jungen Druckerlehrlinge abends in der Mühle als Vorkost ein Stück Brot bekamen und zwar bekamen die Kleinsten immer die größten Stücke. Anno 1872 wurde der Kasse weiter eine Apothekerkasse angegliedert, die bei Inkrafttreten der Reichskasse wieder ausgegliedert wurde. Der jetzige Vorstand, Herr Wilhelm Ostfink, führt sein Amt bereits 20 Jahre, ein sehr ehrendes Zeugnis für ihn und die Kasse. Als Gäste nahmen an der Feier teil eine Abordnung der Inhaber der Firma, an der Spitze Herr Direktor Garnier, Herr Bürgermeister Dr. Gugelmeier, sowie Vertreter der Houlcaudrucker, Kollegen aus Basel, Mühlhausen und Zürich. Herr Direktor Garnier gab im Namen der Firma in längerer Ausführungen seiner Freude über das stets gute Einvernehmen zwischen den Leitern der Fabrik und den Arbeitern Ausdruck und brachte ein Hoch auf das fernere Zusammenarbeiten der beiden so wichtigen Faktoren aus. Ein namhaftes Geschenk konnte die Kasse schon vorher von der Firma mit Dank entgegennehmen. Herr Bürgermeister Dr. Gugelmeier trank auf das Wohl der Firma K. B. C. und deren Arbeiter; er betonte, daß in Hünningen und anderswo gleiche Kassen bestanden haben, jedoch mit der Zeit verschwunden sind, und daher die Kasse der Firma K. B. C. die einzige und älteste ihrer Art sei. Herr Grammespacher überbrachte die Grüße der Houlcaudrucker. Herrn Breitenfeld freute es, daß die Drucker schon nach zweijährigem Bestehen ihrer Kasse einen silbernen Becher kauften und nicht nur für die Not des Lebens sorgen wollten, sondern auch das Leben durch Geselligkeit zu verschönern versuchten. Daß dies bis heute so geblieben ist, zeigte der vollbesetzte Saal des Schützenhauses. Einige geladene Gäste konnten leider keinen Platz mehr finden. Ein Männerchor, bestehend aus Handdruckern, brachte einige Lieder unter der bewährten Leitung des Herrn Hemm zum Vortrag. Herr Gebhard brachte einige Baritonstöße zum Vortrag, ein Theaterstück sorgte für die nötige Stimmung. Herrn Direktor Plesker von der Stadtmusik überreichte der Kassenvorstand ein wundervolles Bouquet als speziellen Dank für den von Herrn Plesker eigens komponierten „Handdruckermarsch“, der von der Stadtmusik schneidig zu Gehör gebracht wurde unter dem brausenden Beifall der Anwesenden. Ein Längchen hielt die Festeilnehmer noch lange Zeit beisammen.“

Eine kleine Nachfeier am Montag, den 29. Juni, bildete den Abschluß der Jahrhundertfeier; die Arbeiter machten mit ihren Angehörigen einen Ausflug ins schöne Wehraal. Im schattigen Garten des Gasthauses zum „Alder“ in Wehr (unserem Verkehrslokal) wurde eingeleitet, und noch einige gemütliche Stunden verlebte, die durch Musik verköhnt wurden. Da wir an dem Tage (Peter und Paul) in Wehr gerade eine Sitzung hatten, so kamen wir auch mit den feiernden Druckern in Verbindung. Ein alterer Arbeiter erzählte dem Schreiber dieses mit großem Stolz von „ihrer Kasse“ und „daß die Firma K. B. C. ihnen ein Geschenk von 500 M. vermacht habe. Der Fonds betrage jetzt rund 7000 M.“ Die Kasse hat heute noch etwa 100 Mitglieder und besteht seit Einführung der Reichsversicherung als Zusatzkasse weiter. Immerhin ist diese Kasse eine der ältesten in hiesiger Gegend und ein Vorläufer der modernen Krankentafeln gewesen.

Von Interesse für unsere Mitglieder dürften noch die kurzen Mitteilungen sein, die die obengenannte hiesige Zeitung über das Entstehen und die Entwicklung der Firma selbst, nach einer Chronik des Professors C. G. Ficht (1858), berichtet: „Die Köchlin'sche Fabrik ist eine der ältesten und bedeutendsten des In- und Auslandes und eine äußerst wichtige Nahrungsquelle für zahlreiche Bewohner Vörrachs und der Umgegend, wovon seit Jahren an Arbeitslöhnen Millionen unter die Bevölkerung in Umlauf gebracht worden sind. Unter dem Schutze des unvergänglichen Karl Friedrich, der die beginnenden Fortschritte der Zeit richtig aufnahm und die daran sich knüpfenden großen Folgen mit richtigem Blick in

die Zukunft zu würdigen verstand, gründete ein gewisser Kupfer aus Thun in der Schweiz im Jahre 1753 hier eine Fabrik von Baumwollhanddruck, welche mit Unterstützung aus Staatsmitteln bis 1802 betrieben wurde, dann einging und als Eigentum vom Staat übernommen wurde. Sechs Jahre stand der Betrieb still, bis 1808 die reichen Herren Merian aus Basel in Verbindung mit den industriellen Herren Köchlin von Mühlhausen das Geschäft an sich brachten. Die Führung des neu eingerichteten Geschäfts wurde dem jungen, kenntnisreichen und tatkräftigen Mitinhaber Peter Köchlin übertragen, sodas unter seiner bis zum Tode fortgeführten tüchtigen Leitung die früher wenig bedeutenden Druckerei eine jährlich steigende Ausdehnung und einen immer weiter ausgedehnten wohl begründeten Ruf erlangte. Da die Hausweberei in den Land- und Waldorten lange nicht zur Deckung des Fabrikbedarfs ausreichte und zur Beschaffung des Rohmaterials große Summen in die Schweiz wanderten, gründete vor etwa 40 Jahren Herr Peter Köchlin größere Handwebereien in Schönau, Zell und Steinen, wodurch auch diesem Teil des Wesentales nutzbringende Einnahmequellen sich eröffneten. Derselbe führte den Druck mit Walzen ein, brachte den von türkisch Not in Aufnahme und großen Schwung und übernahm 1836 mit Beteiligung seiner Söhne das Geschäft auf eigene Rechnung. Der Anschluß Badens an den deutschen Zollverein im Jahre 1835 hatte einen ausgebeuteten Betrieb zur unblätigen Folge. Zu früh für die mit Liebe und Umsicht gepflegte Industrie starb 1841 noch im rüstigen Mannesalter dieser als Geschäftsmann und Mensch gleich ausgezeichnete Mann, ein schwerer Verlust für die Allgemeinheit, nicht minder aber für die Seinen. Die hinterlassene Witwe mit den Söhnen führte im Sinne des Verstorbenen das Geschäft fort, bis es im Jahre 1857 infolge größerer Beteiligung eines Verwandten des Hauses die neue Firma „Köchlin Baumgartner u. Co.“ annahm.“

Briefkasten der Redaktion.

Wegen Stoffandrangs mußten mehrere Zuschriften für die nächste Nummer zurückbleiben. Redaktionschluss für die nächste Nummer ist bereits Samstag.

Versammlungskalender.

- Amern St. Georg. 26. Juli, 10 1/2 Uhr, im Lokale Witwe Bernh. Clasen, Generalversammlung.
- Dahlhausen (Wupper). 19. Juli, 2 Uhr, bei Heinr. Ringel, Sülkruth. 19. Juli, nach dem Hochamt, bei Peter Joppen, Quartalsversammlung.
- Eselsfeld. 18. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Hertencath, Klobbahn. Fischeln. 19. Juli, 11 1/2 Uhr, bei Ludwig Fink.
- Waldbach-Hardtbroich. 23. Juli, 1/29 Uhr, bei Hubert Pagen, Mühlentrase, Generalversammlung.
- Waldbach-Vörrich. 18. Juli, 9 Uhr, bei Peter Hülfert, Neupertrake, außerordentliche Generalversammlung.
- Hardt. 26. Juli, 6 Uhr, im Lokale Gustav Neegen. Sochenfisch. 19. Juli, 10 1/2 Uhr, außerordentliche Generalversammlung.
- Jungenbroich. 19. Juli, gleich nach dem Hochamt, im Lokale von Geschwister Hausener.
- Kettenis. 18. Juli, 9 Uhr, bei Fr. Liebers, Generalversammlung.
- Lambrecht. 18. Juli, 8 1/2 Uhr, im Lokale von Peter Wüst, Zuhrbach, Kartellversammlung.
- Rheinbühl. 19. Juli, 10 Uhr, bei Döcker (oben).
- Rheydt. 26. Juli, 10 1/2 Uhr, in der Bürgergesellschaft (Bahnhofhotel), Generalversammlung.
- Stahlein. 18. Juli, 1/29 Uhr, im Gasthof Feldgen, Generalversammlung.
- Verden (Ruhr). 18. Juli, 8 1/2 Uhr, im Lokale zur Krone, am Markt.

Sterbe-Tafel.

- Es starben die Verbandsmitglieder:
- Christine Agster in Hünningen.
 - Luise Bauch in Greiz.
 - Anton Tüffers in Viersen.
 - Maria Gommans in Lobberich.
 - Martin Föhles in Hinsbeck.
 - Jakob Knelsart in Aachen-B.
 - Theodor Popping in Metelen.
- Ehre ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

- Pflichterfüllung. — Artikel: Das Eingefändnis des Bankrotts. — Die Folgen der Fabrikarbeit verheirateter Frauen. — Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in Deutschland. — Material für die „deutschen“ Streikaktiven. — Allgemeine Rundschau: Ein vernünftiges Wort. — Studentische Arbeiterunterrichtskurse. — Arbeiterinnen in den christlichen Gewerkschaften. — Unlautere Agitationsmethoden. — Auf der Bugra. — Arbeitslosenfragen bei Wein und Braten. — Amtlich publiziert. — Praktiken der Betriebskrankentafeln. — Die „Macht“ der Sozialdemokratie. — Reichstagsarbeiten. — Aus unserer Industrie: Koalitionszwang in Unternehmervereinigungen. — De Geschäftsgang in den Spinnereien und Webereien des Münsterlandes. — Die Purpurfärbung im Altertum. — Aus dem Verbandsgebiete: Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Blachach. — Forst, A. — Waldbach. — Aus unseren Bezirken: Arbeitertag und Sommerfest der christlich-nationalen Arbeiterschaft des Altbtales. — Konferenz für die Baumwoll-, Leinen- und Halbleinenweber des Bezirks Münster. — Berichte aus den Ortsgruppen: Erzingen. — Eupen. — Forst. — Waldbach. — Waldbach-Wenn. — Vörrach. — Briefkasten der Redaktion. — Versammlungskalender Sterbe-Tafel.